

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

60. Sitzung
10. September 2020

Beginn: 15.02 Uhr
Schluss: 18.22 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730
Lehren und Lernen aus und nach der Corona-Krise

[0326](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0206](#)
Partizipationselemente in der Schulbauoffensive
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0283](#)
Sachstandsbericht Berliner Schulbauoffensive
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Hierzu haben wir Anzuhörende. – Sie haben eine ganze Weile gewartet, aber ich hoffe, die Diskussion hat sich trotzdem für Sie gelohnt. Als Anzuhörende darf ich begrüßen: Herrn Gordon Lemm, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, des Weiteren Herrn Jens Wadle, Bereichsleiter Schulbau bei der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH; digital zugeschaltet – wenn ich richtig liege –: Herrn Guido Richter, Schulleiter der 34. Grundschule in Berlin-Lichtenberg und Herrn Martin Schaefer, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Öffentliche Ordnung, Umwelt und Verkehr, Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Allen ein herzliches Willkommen! – Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Dann wird so verfahren. Die Begründung zu den Tagesordnungspunkten 3 a und b erfolgt durch die Koalition in Person von Frau Dr. Lasić. – Bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich mache es ganz kurz. Die Schulbauoffensive ist eins der zentralen Vorhaben dieser Legislaturperiode und wird sich tief in die nächste Legislaturperiode hinziehen. Daher ist es angemessen, dass wir in regelmäßigen Abständen immer wieder über die Schulbauoffensive reden. Wir haben es coronabedingt eine ganze Weile hier im Ausschuss nicht gemacht, daher ist es höchste Zeit, dass wir uns anhören, wie die Bezirke, die HOWOGE und am Ende die Schulen darauf schauen. Daher freue ich mich auf unsere Gäste und die Anhörung, die auf uns wartet.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Dieser Freude schließen wir uns alle im Ausschuss an und fangen an mit Herrn Lemm. – Frau Senatorin, möchten Sie zuerst einleitend etwas sagen? – Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ich möchte gerne einleitend etwas dazu sagen, weil es eins der größten Projekte dieser Koalition ist. Herr Buchner hat es eben angesprochen: 5,5 Milliarden Euro nehmen wir in den nächsten Jahren in die Hand, um zu sanieren und viele, viele Schulplätze zu schaffen. Dass die Schulbauoffensive im vollen Gange ist, merken Sie, glaube ich, in Ihren Bezirken. Es ist uns jetzt schon gelungen, über 20 000 Schulplätze, glaube ich, zu schaffen. Herr Lemm wird dazu sicherlich gleich etwas erzählen. Ich bin sehr oft in dem Bezirk, da passiert eine Aktion nach der anderen: Grundsteine werden gelegt, Schulen werden eröffnet, Ergänzungsbauten auf den Weg gebracht.

Ich finde wichtig anzusprechen, dass es uns wirklich gelungen ist, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Das Land, die Bezirke, die unterschiedlichen Senatsverwaltungen und die HOWOGE sind involviert, sodass wir wirklich an einem Strang ziehen, uns nicht gegenseitig Schuldzuweisungen hin und her schieben, sondern gemeinsam schauen: Wie können wir Probleme lösen? – Es liegt auf der Hand: Wir haben einen Sanierungsbedarf, auch in den nächsten Jahren. Zum ersten Mal haben wir einen Gebäudescan durchgeführt – ich glaube, das war 2016 – und sind konzeptionell vorgegangen. Die Aufgaben, was Sanierungsmaßnahmen und den Neubau angeht, wurden zwischen dem Land und den Bezirken aufgeteilt. Ich finde, man merkt, dass in den Bezirken richtig viel passiert. Natürlich gibt es da auch immer wieder das ein oder andere Problem, das wir dann versuchen, gemeinsam zu lösen.

Wie gesagt: 20 000 Schulplätze sind geschaffen worden, 61 MEBs, wir haben die ersten Holzbauschulen auf den Weg gebracht und noch viele weitere Holzbauschulen vor. Wir haben gemeinsam ein beschleunigtes Verfahren verabredet – dass das gelungen ist, hat uns keiner geglaubt. Ich glaube, vor Jahren waren 15 Jahre vom Plan bis zum Bauen der Standard; es gibt auch noch härtere Beispiele. Da haben wir gesagt: Wir wollen das extrem reduzieren, wir wollen das in fünf Jahren hinkriegen. – Bei den Holzbauschulen haben wir es wirklich noch schneller hinbekommen. Ich denke mir, das sind gute Zeichen, aber es ist noch wahnsinnig viel zu tun. Deswegen ist es gut, dass wir diese Gelder hier gemeinsam investieren.

Neben der Qualität, die unsere Schulbauten mit sich bringen, also welche baufachlichen Standards wir uns gesetzt haben, spielt das Thema der Beteiligung bei uns eine große Rolle, ob das jetzt auf Bezirksebene ist – die Ausschüsse, die für die Maßnahmen eingerichtet worden sind –, oder auch, wenn es um Neubaumaßnahmen geht. Wir haben bei uns in der Verwaltung dafür einen eigenen Bereich. Herr Dr. Bossmann, der neben mir sitzt, ist mit den Partizipationsverfahren betraut und muss wirklich knifflige Projekte sowie Probleme mit der Schulgemeinschaft bewerkstelligen. Manchmal sind da auch noch ganz andere Akteure – Kleingärtner oder andere bezirkliche Gruppen – beteiligt, die man unter einen Hut bekommen muss. Das ist keine einfache Aufgabe.

Wir haben auch eine Handreichung der Partizipation erarbeitet, damit wir aus den Erfahrungen der Partizipationsprojekte lernen, was in den Bezirken oder auch auf Landesebene stattfindet. Die Beteiligung der Akteure ist uns ganz wichtig, damit sich alle mit der Bauphase, die ja auch nicht einfach ist, und dann letztendlich mit dem Bau identifizieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann können wir jetzt starten, Herr Lemm! Bitte schön, Sie haben das Wort!

Gordon Lemm (Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf – BA Marzahn-Hellersdorf –): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Senatorin! Ich wurde gebeten, innerhalb von fünf Minuten – ich werde das auch stoppen – insbesondere etwas zum Thema Partizipation auszuführen. Ich glaube, ein Sachstandsbericht zur Berliner Schulbauoffensive in fünf Minuten muss grundsätzlich scheitern; deswegen konzentriere ich mich erst einmal auf die Partizipation.

Das Thema Beteiligung – Frau Scheeres hat es gerade angesprochen – ist ein Thema, das im Rahmen des Schulbaus und der Schulbauoffensive auf uns Beteiligte neu zugekommen ist.

Ich glaube, man muss hier zwischen den Themen Sanierung, Neubau und temporäre Erweiterung, entweder in Form der MEBs – also den modularen Ergänzungsbauten – oder der Schulcontainer, unterscheiden.

Ich würde mit Letzteren anfangen: Hier ist die Beteiligung relativ überschaubar. Im Rahmen der sogenannten Rundfahrten zu diesen mobilen Ergänzungsbauten oder modularen Ergänzungsbauten laden wir die Schulleitungen mit ein. Einzelne Schulleitungen haben es bei uns im Bezirk auch gemacht, dass sie dort Elternvertreterinnen und -vertreter mit dabei haben. In der Regel begrenzt sich aber die Partizipation hier auf grundsätzliche Fragen wie: Wo soll der MEB stehen? Eher zur Straße, eher auf dem Grundstück? Rechts, links? – Da können wir Schulen miteinbinden, denn es sind Modularbauten. Das heißt, die Kubatur und die Raumnutzung stehen fest, insofern kann hier wenig mitbegleitet werden außer Informationen darüber, wann es fertig sein soll. Das ist für die Schulen in der Regel das Wichtigste.

Das Gleiche gilt auch für unsere Container, die wir bauen, um zusätzliche Schulplätze zu schaffen. Aus temporären Gründen informieren wir natürlich die Schulen über unsere Absicht, fragen insbesondere die Bedarfe ab, was die Raumkapazitäten angeht. Aber auch hier sind wir natürlich ein Stück weit daran gebunden, Sachen schnell umzusetzen. Auch hier geht es in erster Linie darum, zusätzliche Schulkapazitäten zu schaffen.

Ein Punkt, bei dem die Partizipation inzwischen sehr gut funktioniert, ist die Sanierung. Hier sollte man noch einmal zwischen Hoch- und Tiefbau unterscheiden. Tiefbau ist alles, was Schulhöfe angeht. Hier haben wir bei uns im Bezirk eine bereits sehr gute, sehr intensive partizipative Form der Bauumsetzung. Das heißt, dass die Schulen und insbesondere die Schülerinnen und Schüler – darum sollte es ja eigentlich auch gehen – bei der Gestaltung von Schulhöfen mitangehört und von vornherein miteingebunden werden. Das heißt, Landschaftsplaner, Architektinnen und Architekten kommen in die Schulen, besprechen mit den Schülerinnen und Schülern, welche Vorstellungen, Wünsche es gibt, und die werden dann dort umgesetzt. In dieser Legislaturperiode konnte ich bereits sechs Schulhöfe übergeben und einweihen. Bei allen sechs Schulhöfen waren die Schulgemeinschaften mit beteiligt. Bei einigen haben tatsächlich die Schülerinnen und Schüler Sachen gebastelt, die dann auf den Schulhöfen umgesetzt worden sind. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

Beim Hochbau – dazu gehört insbesondere alles, was das Thema Sanierung angeht – sind wir noch nicht ganz so weit. Hier muss man natürlich bei den Sanierungsmaßnahmen unterscheiden: Geht es nur um eine Fenstersanierung, muss ich nicht groß partizipieren außer zu informieren, wann es losgeht und wie die Einschränkungen sind, um bei den baubegleitenden Maßnahmen die Schulen mitaufzunehmen. Aber bei den großen Sanierungen – die stehen jetzt bei uns vor der Tür – geht es natürlich darum, die Schulgemeinschaften mitzunehmen. Das werden wir auch tun. Wir haben bei zwei bezirklichen Großvorhaben die Schulgemeinschaften mit eingebunden, weitestgehend auch bei der Ausgestaltung dieser Sanierungsmaßnahmen.

Ich gucke auf die Uhr. – Zum Thema Neubau wird sicherlich Herr Wadle, was die HOWOGE angeht, noch etwas sagen. Herr Dr. Bossmann kann natürlich auch etwas für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sagen. Nur kurz: Wir sind hier als Bezirke mit eingebunden und vertreten in der Regel die Schülerschaft, weil es bei einem Neubau noch keine Schülerschaft gibt, außer wenn

eine Schule komplett umzieht. Wir bemühen uns hier, erstens alle Ämter und zweitens den Bezirksschulbeirat und den Bezirksschülerausschuss mit einzubinden, damit auch deren Sichtweisen gehört werden und eine weitestgehende Beteiligung auch der Schulgemeinschaft passieren kann, ohne dass es schon eine wirkliche Schulgemeinschaft gibt. Darüber hinaus müssen und sollen auch Anwohnerinnen und Anwohner informiert werden. Auch das übernehmen wir im Rahmen von Schulbaumaßnahmen, indem wir Vor-Ort-Veranstaltungen durchführen, auf denen dann die nähere Anwohnerschaft eingeladen und informiert wird. Letztendlich – auch das gehört zur Partizipation – bestreiten wir bei allen Neubaumaßnahmen und allen Sanierungen Einweihungen, zu denen sowohl das Umfeld als auch die Abgeordneten und natürlich die Schulgemeinschaft mit eingeladen werden.

Was es bei uns im Bezirk noch nicht gibt, sind die baubegleitenden Ausschüsse. Das ist ein Punkt, der im Leitfaden Partizipation – Frau Scheeres hat es angesprochen – ein- und aufgeführt worden ist. Das liegt daran, dass die ganz großen Sanierungsmaßnahmen bei uns noch nicht begonnen haben. Wir sind aber auch bei den kleineren Sanierungsmaßnahmen in den Schulen – auch bei den Gesamteltern- und Schulversammlungen – vor Ort, informieren die Schulgemeinschaften und stehen dort für Fragen zur Verfügung.

Kurz: Limitierende Faktoren der Partizipation sind zum einen das Geld, die Finanzierung. Denn, wenn ich von vornherein in der sogenannten Phase null die Schülerschaft, Eltern und Schulgemeinschaft mitnehme, und dort Wünsche kommen, müssen die auch finanzierbar sein. Der Klassiker bei Neubauschulen ist immer: Wir wünschen uns eine Bibliothek. – Das ist etwas, was wahrscheinlich die HOWOGE und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bei allen Partizipationsverfahren hören. – Dann heißt es immer: Habt ihr auch das Geld? – Dann schrumpfen diese Wünsche ein Stück. Zweiter limitierender Faktor ist das Personal – insbesondere bei uns in den Hochbauämtern –, weil diese sehr frühe Begleitung freier Kapazitäten beim Hochbau und bei den Planern bedarf. Der dritte limitierende Faktor ist natürlich die Zeit. Insbesondere wenn es um schnelle Umsetzungen von Schulbaumaßnahmen geht, muss sich das Thema Partizipation in den weiteren Verlauf einreihen. – Damit möchte ich erst einmal enden und stehe gerne für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön! – Dann machen wir weiter mit Herrn Wadle. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Jens Wadle (Leiter Schulbau, HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH – HOWOGE –): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und dafür, dass wir unseren Status hier berichten können. Ich werde vordergründig auch mit 3 a beginnen und vielleicht zu 3 b den grundsätzlichen Sachstand anschließen. Auch ich versuche es mit der Stoppuhr.

Die HOWOGE ist bei der Berliner Schulbauoffensive ein weiterer Unterstützer. Wir verstehen uns als Partner für die Bezirke und die Bildungsverwaltung. Ich würde auch das Thema Partizipation und die Erfahrungen in zwei Teile unterteilen: einmal bei den Großsanierungen, die wir für die Bezirke übernehmen dürfen, und zum anderen beim Neubau.

Zu den Großsanierungen: Es sind insgesamt 13 Großsanierungen uns zugeordnet. Wir haben bei den Großsanierungen in den letzten neun bis zwölf Monaten bereits zehn Partizipationsverfahren fertigstellen können, und zwei laufen aktuell. Wir haben das in der gleichen Zeit

gemacht, in der wir auch die baufachlichen Bestandsaufnahmen gemacht haben. Das heißt, es ist ein paralleles Vorgehen, dass man zeitgleich die schulfachliche Bestandsaufnahme durch die Partizipation sichert und die baufachliche Bestandsaufnahme – das Gebäude und den eigentlichen Schadensfall – an der Grundstruktur aufnimmt.

Bei den Sanierungen sind wir für die Bezirke aktiv. Das heißt, wir werden von den Bezirken gerufen. Die Bezirke beauftragen uns. Wir helfen, unterstützen und lenken den Prozess. In die Sanierungspartizipationsverfahren binden wir Schüler, Lehrer, Eltern, die Verwaltung, externe Nutzer, teilweise schon bestehende Kooperationen mit Musikschulen – die auch im Partizipationsverfahren gehört werden und die Zielidee mitdefinieren – ein. Wie wir bis jetzt vorgegangen sind, ist ganz unterschiedlich. Das ist auch ein bisschen von den Werkzeugen der uns begleitenden Büros, die die Expertise mitbringen, abhängig. Das heißt, wir binden das bei den Planern an, weil wir bei einer Schulpartizipation mittlerweile überzeugt sind, dass man, um eine schulpartizipative Planungsphase zu begleiten, einen hohen planerischen Anteil braucht, also das Know-how mitbringen muss, wie Schule funktioniert. Das machen wir zum Teil am Beginn mit Schlüsselinterviews mit unterschiedlichen Gruppen. Das heißt, die Planer nehmen sich die Zeit, befragen die Schüler: Wo sind eure Stärken und Schwächen in der Schule? Wo seht ihr Handlungsbedarf? – Dann geht das in Workshoptermine über, in größere Veranstaltungen – das war noch vor der Pandemie, da konnten wir das noch in Präsenzveranstaltungen machen –, das sind Ganztagestermine, und endet irgendwann in einer Ergebnispräsentation, damit man einen Konsens erreicht. Die letzten haben wir in den letzten Monaten in Videokonferenzen durchführen und so alle Beteiligten mitnehmen können.

Ich möchte gerne herausstellen, was Partizipation bewirken kann, damit man sieht, was das für eine Kraft haben kann, wenn man das in einer sehr frühen Phase durchführt. Wir haben bei uns das Shadow-Gymnasium, eine Schule in Steglitz-Zehlendorf. Eigentlich waren das zwei Schulen, die zusammengeschlossen wurden. Man hätte, wenn man nur eine rein bautechnische Sanierung gemacht hätte, zwei Aulen gehabt. Wir haben die Frage gestellt: Braucht ihr als eine Schule zwei Aulen? –, und konnten in der Partizipation mit den Planern, mit der Schulgemeinschaft für die Oberstufe – etwas pilothaft – Lernwerkstätten einrichten, um die Unterrichtsräume zu entzerren und zu sagen: Ihr habt eine ganz andere Möglichkeit, in der Oberstufe zu lernen. – Das geht natürlich nur im Konsens mit der Lehrerschaft. Das finde ich ein sehr gutes Ergebnis.

Das alles fließt dann in die Bedarfsanmeldung. Da stehen wir jetzt bei fast zehn Schulen, damit das geprüft wird. Wir sind also durch die ganzen Gremien in der Schule durch und sind jetzt wiederum in einer Bedarfsanmeldung. Man muss das bei der Sanierung so verstehen, dass das auch ein Verhandlungsprozess mit der Schule ist. Der ist sehr intensiv, aber wir glauben, dass man die Zeit und den Aufwand, die man da hineinsteckt, auch zurückbekommt. Die Chance, die darin steckt, ist, dass man störungsfrei weiterplanen kann – das ist die große Hoffnung, die wir haben – und dass man einen Vervielfältiger für die Planungsziele erhält. Das heißt, man bindet die partizipativen Ergebnisse bereits auf den Bestand ab – funktioniert das? –, damit man in Zukunft wiederum Kräfte hat, die vielleicht etwas Beschlossenem in einer großen Gemeinschaft standhalten.

Beim Neubau ist das ein bisschen anders: Dort ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie verantwortlich. Auch da unterstützen wir den Prozess. Es gibt immer Partizipationsveranstaltungen im Zuge der Bedarfsanmeldung. Dort sind auch die bezirklichen Gremien

eingebunden. Dort arbeitet man heraus: Gibt es Kooperationen, soll es Kooperationen geben? – Man spricht mit benachbarten Schulen. Und alles, was man dort herausarbeitet, fließt dann in die Anpassung eines Musterraumprogramms ein. Da ist eine Kooperation zwischen allen Beteiligten möglich. Es gibt Veränderungen in den Musterraumprogrammen. Man kann Themen wie zusätzliche Räume anmelden. Das ist dann auch eine Frage der Finanzierung, aber grundsätzlich wird das genau an der Stelle ausdiskutiert und fließt dann in die Wettbewerbe.

Auch die Wettbewerbe haben einen partizipativen Ansatz. Wir führen vor dem Preisgericht Sachverständigentage durch. Das heißt, es werden die Gremien, die die Entwürfe auch bewerten können, gehört, und diese Bewertungen fließen dann in einen Vorprüfbericht für das Preisgericht und können dort abgewogen und beurteilt werden.

Ein besonderes Beispiel möchte ich – wenn ich die Minute hätte – noch herausstellen: Wir haben die Gemeinschaftsschule in Adlershof; das ist die ersten Neubau-Compartmentschule in Berlin. Dort haben wir uns etwas überlegt, weil der Bezirk eine – es hoffentlich auch werdende – zukünftige Schulleiterin auserwählt hat, die uns auch in ihrer Freizeit sehr engagiert begleitet und die wir bereits in einen Bieterdialog mit einbinden. Das heißt, wir suchen den besten Entwurf im Verfahren. Das kostet eine Planungsrunde mehr, aber wir sind im Austausch. Das heißt, auch dem Nicht-Architekten ist es möglich, den Bietern Fragen zu stellen: Wo sind eure Schwerpunkte? Wo sind Überarbeitungshinweise? –, um die schulfachliche Kompetenz noch mal ganz anders in den Planungsprozess einbinden zu können. Dort wird die Entscheidung getroffen, die im Anschluss, wenn man den besten Entwurf prämiert, dann nicht mehr zu heilen ist. Auch da hat die Schule eine Stimme – ebenso im Preisgericht –; das heißt, sie wird nicht nur gehört, sondern hat auch die Möglichkeit, ein Votum abzugeben. – So weit zu dem Punkt 3 a. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir danken auch und machen weiter – digital zugeschaltet – mit Herrn Guido Richter. – Klappt das? Hören Sie uns, Herr Richter?

Guido Richter (Schulleiter 34. Schule [Grundschule] 11G34 – 34. Schule –): Ja, ich kann Sie hören.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wunderbar! Dann starten Sie! Sie haben das Wort, bitte schön!

Guido Richter (34. Schule): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Guido Richter. Ich bin Schulleiter der 34. Grundschule in Berlin-Lichtenberg, einer der ersten der vorhin angesprochenen, in modularer Holzbauweise entstandenen Schulen.

Ich habe mich jetzt in Vorbereitung des heutigen Tages noch einmal intensiv mit dem Handbuch „Partizipation im Schulbau“ auseinandergesetzt. Meine Vorredner – Herr Lemm, Herr Wadle – haben schon darauf hingewiesen, dass es einen elementaren Unterschied zwischen den Bereichen der Sanierung, des Umbaus und der Erweiterung von bereits bestehenden Schulstandorten und einem Neubau, wie er hier bei uns entstanden ist, gibt. Ich muss sagen, beim Studieren der Lektüre ist mir im Grunde genommen immer deutlicher geworden, dass es aus der Sicht des Neubaus gravierend daran mangelt, so wie eigentlich vorgesehen die Schulgemeinschaft frühzeitig einzubeziehen und schulische Gremien usw. mit zu beteiligen, weil es

die bei einem Neubau noch nicht gibt. Insofern bin ich Herrn Wadle sehr dankbar, dass er das Beispiel der Adlershofer Schule angesprochen hat, denn aus meiner Sicht ist es wirklich elementar, dass in dem Bauprozess möglichst schon feststeht, welcher Schulleiter, welche Schulleiterin die Schule zukünftig übernimmt. Nur so kann aus meiner Sicht wirklich noch Einfluss auf wesentliche Dinge genommen werden.

Damit jetzt nicht der Eindruck eines Meckerers und Nörglers entsteht, muss ich sagen, dass wir uns natürlich in einer sehr schönen, sehr hellen Schule befinden. Aber es ist mir extrem wichtig – es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, dass weitere Holzbauschulen, weitere Neubauten entstehen –, dass die Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, und die Verbesserungspotenziale, die man natürlich in der Praxis am ehesten identifizieren kann, in den Blick genommen werden, um sich gegenseitig auszutauschen und dann unter Umständen noch bessere Effekte erzeugen zu können.

Als Beispiel würde ich – auch aus unserer Schule – anführen, dass die Klassenräume immer einen zugehörigen Teilungsraum haben, der aber nicht durch den Klassenraum zu begehen ist, sondern man muss über den Flur gehen. Im Nachgang hat der Architekt in einem Gespräch bestätigt, dass es ein überschaubarer Aufwand gewesen wäre, das im Vorfeld mit in den Blick zu nehmen, sodass es im schulischen Alltag für alle Protagonisten wesentlich einfacher gewesen wäre.

Unter Umständen wäre dann nicht das passiert, was an unserer Schule momentan das größte Problem ist: dass die Räumlichkeiten für den Ganzttag aus unserer Sicht nicht ausreichend in den Blick genommen wurden. Das heißt, wir verfügen über keine Räumlichkeiten, in denen im Frühmodul zwischen 6 Uhr und 7.30 Uhr oder im Spätmodul zwischen 16 Uhr und 18 Uhr die Kinder betreut werden können. Das kann nicht in den Klassen und den zugehörigen Teilungsräume erfolgen, weil wir das dafür notwendige Personal gar nicht haben.

Es wurde vorhin ganz kurz angesprochen – das halte auch ich für existenziell –, dass in der Phase null, in der es um den inhaltlichen Vorlauf, der benötigt wird, geht, geguckt wird, welche Bedarfe der Nutzer hat, um dann Prioritäten festzulegen. In unserem Falle wäre das eine sozialräumliche Öffnung, die ich bei Neubauschulen für besonders wichtig halte, weil Neubauschulen in der Regel in einen bestehenden Sozialraum gebaut werden. Aus meiner Sicht sollte sich daraus ein Nutzen für das schulische Umfeld, für den Kiez ergeben, was dann letztlich eine ganz andere Akzeptanz bewirkt. Es wurde da über zusätzliche Räumlichkeiten gesprochen, durch die man eventuell diese sozialräumliche Öffnung begleiten kann.

Das alles ist natürlich schlecht möglich, wenn man im Vorfeld nicht einbezogen wird. Ich hätte mir gewünscht, dass ich zu den Bausitzungen eingeladen worden wäre, die zu dem Zeitpunkt, als feststand, dass ich die Schule übernehmen darf, noch stattfanden. Das habe ich dann auf Eigeninitiative gemacht. Eigentlich wäre es sogar schön, wenn auch der Hausmeister daran teilnehmen könnte, damit er das Gebäude viel besser verstehen kann.

Des Weiteren denke ich, dass es wirklich wichtig wäre, dass man aus der Praxis dieser Neubauten heraus zu seinen Erfahrungen befragt würde. Insofern bin ich sehr dankbar, das heute tun zu können, denn Anfragen anderer Art sind bisher nicht an mich herangetragen worden. Vielleicht kann das in Zukunft in geeigneter Art und Weise geschehen. Ich kann mich da nur anbieten, weil mir das ein ganz großes Anliegen ist.

Abschließend möchte ich noch einmal unterlegen, dass es mit dem Schulneubau an sich nicht getan ist, sondern dass von uns eine hohe Bildungsqualität nur dann erreicht werden kann, wenn eine entsprechende personelle Situation geschaffen wird. Ich glaube, wenn man eine Schule im Aufbau übernimmt, wo am Anfang nur wenige Kinder sind – wir sind mit 75 Kindern gestartet, jetzt sind wir mit vier neuen ersten Klassen 171 Kinder –, alle Dinge, die zu einer hohen Bildungsqualität beitragen – Aufbau eines Netzwerks mit Kindergärten, die Erstellung einer Schulordnung, einer Hausordnung, des Hygieneplans und, und, und –, einer enormen Anstrengung bedürfen. Das ist in einem ganz kleinen Kollegium unwahrscheinlich schwierig, sodass ich mir wünschen würde, dass noch einmal darüber nachgedacht würde, in der Unterstützung ein Stück weit anders zu agieren. – So weit für den Moment. Für Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dank zurück! – Wir machen mit Herrn Martin Schaefer weiter. – Ist die Verbindung auch so erfolgreich? Herr Schaefer, sind Sie dran?

Martin Schaefer (Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Öffentliche Ordnung, Umwelt und Verkehr, Bezirksamt Lichtenberg von Berlin – BA Lichtenberg –): Ich bin dran und höre sie.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wunderbar! Wir sehen und hören Sie auch. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Praxisbericht aus einem Bezirk, der wirklich sehr stark wächst. Herr Richter ist einer unserer neuen Schulleiter – worüber wir uns sehr freuen –, der in einem neuen Gebäude, das wir natürlich gerne den Schulen zur Verfügung stellen wollen, Verantwortung übernommen hat.

Wir wachsen, und damit wächst natürlich auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, und diese Anzahl wächst schneller als die Schulen. Das muss man leider sagen. Das heißt, wir haben nicht viele Schulen, die in der Situation wie die von Herrn Richter – mit 190 [sic!] Kindern und vier ersten Klassen – sind. Wir haben auch Schulen, wo wir acht oder neun erste Klassen einschulen mussten. Da sagte schon jemand in einer Sitzung mal scherzhaft: Da lernen die Kinder gleich in der ersten Klasse fast das gesamte Alphabet, wenn man dann in der 1 G oder in der 1 F ist. – Das sind schon sehr besondere Situationen. Deshalb sind wir ein großer Fan der und wirklich angewiesen auf die Schnellbauoffensive und auf die Schnellbauweise der Schulen. Wir haben zwei Grundschulen bekommen, und wir arbeiten aktuell auch sehr gut mit der HOWOGE in zwei Bauprojekten zusammen. Einige weitere Maßnahmen sind in der Planung.

Diese Schnellbauweise hat gezeigt, dass der Senat gemeinsam mit den Bezirken schnell bauen kann. Das war ein wichtiges Signal auch in die Elternschaft hinein, denn diese erhält natürlich durch eine transparente Informationspolitik, die wir betreiben, auch viel mehr Informationen, als es früher der Fall war, und fragt deshalb auch viel kritischer nach. Meine Beobachtung ist, dass es mittlerweile in der Bevölkerung und in der Elternschaft eine grundlegende Skepsis gibt, was das Tempo unserer Schulbauoffensive angeht. Wir haben manchmal das Gefühl, dass es dieses Behörden-Pingpong gibt, dessen Teil wir dann auch selbst sind. Das heißt, wir sagen: Nein, der Senat muss es machen! – Und der Senat sagt: Nein, der Bezirk muss es machen! – Die Eltern verlieren da langsam die Geduld, denn – Kollege Lemm sagte es schon –: Es geht nicht nur um den Neubau, sondern auch um die Reaktivierung leer stehender Gebäude, um Anbauten, Containerlösungen und die modularen Ergänzungsbauten. – All das sind zum Teil schnelle Maßnahmen – oder könnten schnelle Maßnahmen sein –, um schnell, zügig weitere Schulkapazitäten an den Start zu bekommen.

Was wir – Senat und Bezirke – gemeinsam tun können, ist, diese Skepsis zu nehmen, indem wir tatsächlich mit verbindlichen Zahlen, mit verbindlichen Zeitschienen in die Bevölkerung gehen können, und so ein Stück der Partizipation, die wir ja vor Ort anstreben, noch viel ernster nehmen, indem wir sagen: Die Schule kommt 2022 oder 2023 oder 2024. – Auch wenn es eine schlechte Nachricht ist, ist es, glaube ich, besser, deutlich und konkret zu benennen, wo wir stehen. Ganz konkret in Lichtenberg haben wir Schulen, bei denen wir den Eltern sagen: Die Zeitschiene sagt, 2022 eröffnet die Schule. – Aber diese Skepsis, die vorhanden ist, schlägt langsam in Wut um, und manche sagen: Das glauben wir euch einfach nicht mehr, und das ist auch nicht mehr zu schaffen. Wann ist denn der Spatenstich geplant? – Und all diese Dinge. – Dann stehen wir manchmal da und wissen gar nicht genau, was wir sagen sollen. Ich möchte da ehrlich und sehr transparent in die Kommunikation einsteigen.

Mit besonders großer Sorge nehme ich den Bereich der Sanierung wahr. Wir wissen, was gebaut wird: MEB, Container, Anbauten, Neubauten, aber wir haben tatsächlich für die Sanierung aktuell gar keine Finanzierung mehr zur Verfügung. Das heißt, die Finanzierung der

Drehscheiben ist aufgrund der wegfallenden SIWA-Finanzierung nun auch gestrichen. Wir können diese wichtigen Drehscheiben, in die wir gerne Schulen einziehen lassen möchten, um sie dann schnell zu sanieren, nicht bauen und müssen deshalb auch den vielen Schulen, denen wir schon eine zeitliche Perspektive gegeben haben, nun mitteilen: Das verzögert sich um ein, zwei, drei Jahre. – Hier benötigen wir ganz dringend verbindliche Zusagen, damit wir wissen: Drehscheiben kommen, die Schulen werden saniert, die tatsächlich einen Sanierungsrückstau von 20 Jahren haben – wir reden hier nicht von 10 Jahren, sondern von 20, 25 Jahren. Es wäre für uns in den Bezirken von ganz großer Bedeutung und Wichtigkeit, wenn wir hier den Schulerschluss zwischen Bezirk und Senat erleben würden, dass es zu verbindlichen Zusagen in den Zeitschienen der Neubauten, der Kapazitätserweiterung, vor allen Dingen aber auch im Bereich der Sanierung und der Drehscheiben kommt, damit wir hier sehr aktiv auch in die Bevölkerung und in die Elternschaft hineingehen können.

Vielleicht so viel als Einblick aus einem Bezirk, der dankbar und froh ist, dass er wächst – es ist ganz toll, dass viele Menschen nach Lichtenberg kommen –, der dadurch aber auch eine Menge an Arbeit hat. – Ich danke Ihnen und stehe für Rückfragen gerne zur Verfügung!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir danken von hier aus auch Ihnen, Herr Schaefer! – Bevor wir in die gemeinsame Aussprache übergehen, Frau Senatorin: Möchten Sie noch einmal das Wort ergreifen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Frau Staatssekretärin Stoffers wird etwas sagen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann bitte, Frau Staatssekretärin Stoffers!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Sie leitet ja die Steuerungsrunde Berliner Schulbauoffensive.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam): Herzlichen Dank! – Ich denke, es ist bei allen Beiträgen deutlich geworden, dass wir auf der einen Seite mit unserer Schulbauoffensive sehr schnell sind, dass wir hier erhebliche Mittel bereitgestellt haben, dass wir Partizipationsverfahren auf den Weg gebracht haben, die, glaube ich, bundesweit ihresgleichen suchen. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch ein Wettlauf mit der Zeit, für die wachsenden Schülerzahlen ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Wichtig für die Botschaft nach außen ist: Jedes Kind in Berlin hat einen Schulplatz. – Wir gehen aber von einer Einrichtungsverfügung, von Klassenfrequenzen aus, die wir auch einhalten und über die wir nicht hinausgehen möchten. In einigen Bezirken müssen wir momentan – vielmehr müssen die Bezirke, die für die Einrichtung der Schulplätze zuständig sind – als schulorganisatorische Maßnahme darüber hinausgehen. Das ist notwendig. Wir werden mit der Schulbauoffensive hier weiterhin Plätze schaffen, um das, was schulorganisatorisch momentan über der eigentlichen, gewünschten Klassenfrequenz liegt, sukzessive abzubauen. Das heißt, wir haben in den kommenden Jahren einen tatsächlichen Abbau von Überbelegungen. Das bedeutet aber nicht, dass wir hier lockerlassen können, sondern wir müssen – genau wie Herr Schaefer in seinem Beitrag sagte – teilweise auch noch schneller werden.

Zum Punkt Sanierung kann ich sagen, dass es richtig ist, dass es zum Teil nicht immer so schnell läuft, wie man sich das wünscht. Das liegt natürlich auch an den beteiligten Akteuren.

Auch wenn hier gesagt wurde: kein Pingpong spielen, erinnere ich an § 109 Schulgesetz. In dem heißt es ausdrücklich, dass den Bezirken die Maßnahmen zur Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule obliegen, und zwar insbesondere der Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung. – Unser Ziel war es, mit der Schulbauoffensive und mit den Aktivitäten zum Gebäudescan, den es 2015 das erste Mal in dieser Umfang gab, hierbei zu unterstützen. Der Senat hat extrem viel Geld bereitgestellt und Akteure gewonnen, die es vorher so nicht gab. Das ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, die gerade im Bereich der Sanierung vielleicht nicht immer so wie gewünscht im Zeitplan ist – wie Herr Schaefer sich das vorgestellt hat –, aber bei der Schaffung von Schulplätzen erheblich hilft.

Ich muss sagen: Wer Bedarfe hat, muss diese auch in der I-Planung anmelden. – Das ist der erste Punkt. Und: Wer Bedarfe hat, muss auch Grundstücke nennen, die planungsreif und bebaubar sind. – Es passiert – das ist jetzt keine Schuldzuweisung an irgendjemanden, aber wir erleben das immer wieder – bei der Überprüfung der Bedarfsprogramme, dass Grundstücke genannt werden, die sich einfach nicht eignen, die nicht bebaubar sind. Das ist eine Herausforderung, der sich alle Beteiligten stellen müssen.

Damit wir dennoch Schulplätze schaffen, wurde vonseiten der Senatorin ein Programm verhandelt: das 100-Millionen-Euro-Programm für temporäre Sofortschulplätze. Auch da ist natürlich die Frage, ob die 3 500 Plätze, die uns für dieses und für das nächste Schuljahr genannt worden sind, im Zeitplan so geschaffen werden können wie vorgesehen. Dafür gibt es verschiedene Unterstützungsmaßnahmen seitens des Bezirks Tempelhof-Schöneberg: das „Fliegende Klassenzimmer“, das dort entwickelt worden ist, das man als Blaupause nutzen kann, aber auch ein Pavillon-Konzept von Charlottenburg-Wilmersdorf. Nur letztendlich muss man, wenn man sich diese Blaupausen im bezirklichen Rahmen nimmt, selbst für die Umsetzung sorgen und kann nicht erwarten, dass jemand anderes diese Aufgabe im Bereich des temporären Schulbaus übernimmt.

Ich denke, wir ziehen hier alle gut an einem Strang. Die Schulbauoffensive ist auf einem Weg, der sich inzwischen wirklich sehen lassen kann. Ich habe in der letzten Ausschusssitzung bereits auf den Bericht 1189 AA hingewiesen, der schon öffentlich ist und in der nächsten Hauptausschusssitzung verhandelt wird. Dort werden Maßnahmen scharf und schulplatzgenau gezeigt, wie wir eventuell vorhandene Überbelegungen abbauen werden. Von daher muss ich sagen: Das ist die größte Schulinfrastrukturmaßnahme Europas, die Berlin hier stemmt. Wir können uns damit sehen lassen und sind damit auf einem sehr guten Weg.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Jetzt kommen wir in die gemeinsame Aussprache und fangen mit Frau Remlinger an. – Bitte schön!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank! – Ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden! Ich möchte eingangs sagen, dass ich die Fragen der Partizipation gerade für die Qualitätsentwicklung und für das, was Herr Wadle so schön beschrieben hat, dass man dann zuverlässig bauen kann, im Bauprozess nicht ständig neu verhandeln oder dann im fertiggestellten Gebäude noch mal nachbessern muss, extrem wichtig finde.

Ich möchte mich trotzdem in meinen Nachfragen eher auf das Thema Sachstandsbericht konzentrieren, weil wir – wie Frau Stoffers und Frau Senatorin richtig gesagt haben – versuchen,

dem Bedarf möglichst schnell hinterherzubauen beziehungsweise aufzuholen. – Herr Schaefer oder auch die Senatorin: Mir ist völlig neu, dass das Geld für die Drehscheiben gestrichen worden ist. Ist das nur für Lichtenberg oder auch für Marzahn-Hellersdorf der Fall? Wann ist das entschieden worden? – Ich weiß auch offiziell nichts von geschobenen Sanierungen. Gibt es da einen Faktenstand? Wie viele Sanierungen sind geschoben? Seit wann ist das beschlossen worden?

Mich würde im Hinblick auf die Tatsache, dass wir als Koalition gesagt haben: Wir wollen nicht nur die Schulplätze sichern, sondern wir wollen gute Schulen bauen –, interessieren: Wie viele der Schulen, die Sie, Herr Wadle, in der Verantwortung der HOWOGE bauen, aber auch was Ihnen als Stadträten an Projekten in Ihren Bezirken bekannt ist, werden tatsächlich Compartments oder Berliner Lern- und Teamhäuser sein, und wie viele nicht?

Mich würde interessieren, wie bei Ihnen in den Bezirken, auch im Vergleich zur HOWOGE, das Zeit-Maßnahmen-Controlling aussieht. Haben Sie ein Zeit-Maßnahmen-Controlling? Haben Sie ein Kostencontrolling? Und haben Sie mittlerweile – insbesondere bei der HOWOGE – Bauerfahrung im Hinblick auf die Fragen: Was kosten solche Schulen im Schnitt? Könnte man auch mit festen Kosten arbeiten und darunter Wettbewerbe schalten und sagen: Für den und den Preis, bei dem und dem Preisdeckel kann ich erwarten, dass ihr uns eine Schule baut?

Dann beziehe ich mich insbesondere auf die Frage der Grundstücke, die zur Verfügung stehen. Es wurde angesprochen, dass die Grundstücke immer noch ein Problem sind. – Herr Wadle! Mir scheint, dass in einer Vorlage an den Hauptausschuss stand – ich glaube, das waren HOWOGE-Projekte –, dass eine ganze Reihe Schulen nicht nach dem Compartmentmodell gebaut werden kann, weil die Grundstücke nicht – Sie schütteln den Kopf. Dann war das woanders. Ich weiß nicht, ob es bei den Stadträten die Fälle mit den Grundstücken gibt, auf denen das Modell nicht gebaut werden kann – was tun wir dann?

Ich darf sagen: Ich freue mich sehr, dass wir mehr mit Holz bauen. In der qualitativen Konzeption kann das aber kein Ersatz für die Qualität des Schulbaus sein.

Angesichts der Digitalisierungsdebatte – die Bezirke sind ja für die passive Verkabelung, nicht für das Breitband, aber für das WLAN, zuständig – frage ich: Haben Sie schon Digitalpaktmittel mitbeantragt? – Das kann ja aus dem Digitalpakt bezahlt werden. Ich frage die HOWOGE: Mit welchem Standard der passiven Verkabelung arbeiten Sie? Also: Wie leistungsfähig wird das WLAN sein, das in den Schulen zur Verfügung stehen wird? – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Die Senatorin hat sich gemeldet. – Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ich würde gern für den Senat Herrn Kempert das Wort geben. Zum Thema Drehscheiben ist mir nicht bekannt, dass wir Gelder gestrichen haben. Ich weiß nur, dass es einzelne Beispiele dafür gab, dass Bezirke auf eigenen Wunsch statt der Drehscheibe einen eigenen Schulbau haben wollten und dass wir das ermöglicht haben. Aber ich weiß es jetzt nicht genau im Detail. Das sind meine Informationen. Herr Lemm ist da, glaube ich, auch informiert. Er kann dazu auch etwas sagen. – Aber zunächst Herr Kempert!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Bitte schön!

Gregor Kempert (SenBildJugFam): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Es ist genauso, wie Frau Senatorin Scheeres gerade gesagt hat: Diese Gelder sind nicht gänzlich gestrichen, sondern es ist so, dass die drei Standorte, die wir in der Planung hatten, noch einmal mit den einzelnen Bezirken durchdiskutiert worden sind. – Ich glaube, Sie sagen gleich selbst noch etwas dazu. – Wir haben geschaut, was für die Schulplatzversorgung im Zusammenhang mit den Themen Bau und Sanierung am sinnvollsten ist. Denn diese Drehscheibenstandorte sind konzeptionell so angelegt, dass sie eigentlich nur für maximal 20 Jahre ausgelegt sind. Wir versuchen aber mit dem Thema Schulplatzversorgung weit darüber hinauszugehen. Deswegen war in diesem besagten Fall eine konventionelle Schule, die wir als Ausgleichmaßnahme nutzen, dann die bessere Alternative. – Vielleicht erst einmal so viel – und dann zur Ergänzung.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Lemm, nicht jetzt! – Wir werden mit den Fragen weitermachen. Schreiben Sie die Antwort für sich auf! Sie bekommen dann die gesammelten Fragen zur Beantwortung. – Bitte schön, Frau Dr. Lasić – jetzt Sie!

Dr. Maja Lasić (SPD): Auch von mir herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Für uns alle, die wir Teil dieses Ausschusses sind, ist es, glaube ich, sehr spannend, die heutige Anhörung mit den vorherigen zu vergleichen. Während wir in den vorherigen Anhörungen über den theoretischen Stand – Wie soll die Schulbauoffensive aussehen? – gesprochen haben, sprechen wir heute über den Umsetzungsstand. Daran wird deutlich, wie viel schon erreicht worden ist, auch wenn der Weg vor uns noch sehr lang ist. Das stimmt mich vor allen Dingen optimistisch. Ich finde es spannend, dass wir in dieser unterschiedlichen Rollenteilung, die wir haben, wissen, dass das Gesamtkonstrukt in der Umsetzung funktioniert, wo wir die Bezirke mit dem Teil der Verantwortung, den sie auch stemmen können, belasten, während all das, was tatsächlich zu viel an Umsetzung wäre, auf die Landesebene wandert. Nach meiner Wahrnehmung erscheinen die Fragezeichen immer dort, wo die Schnittstellen zwischen den Bezirken und dem Land erhalten bleiben.

So bezieht sich meine erste Frage auf das Thema sozialräumliche Öffnung, zum Beispiel, Herr Wadle, mit Blick auf die Großsanierung: Bei uns im Wedding gibt es zum Beispiel den Standort der Ernst-Reuter-Schule. Der angestrebte MINT-Schwerpunkt ist an der Schule völlig unstrittig, der zuständige Schulstadtrat tut sich aber zugleich schwer, den MINT-Schwerpunkt im außerschulischen Bereich in der Investitionsplanung anzumelden. Daher die Frage nach den Erfahrungen, sowohl seitens der Bezirke als auch seitens der HOWOGE, wie es an dieser Schnittstelle, wo die Bedarfe, die ganz klar bezirkliche Bedarfe sind, die aber im Zusammenhang mit der Schulbauoffensive adressiert werden, im Zusammenwirken funktioniert.

Die zweite Frage geht an die Bezirke; Frau Remlinger hat es angerissen, ich würde die Frage ausweiten. Wenn wir den Schwerpunkt Digitalisierung und die Zuständigkeit für die passive Verkabelung, WLAN etc., nehmen: Wie könnte das Zusammenspiel zwischen den geplanten Sanierungsvorhaben in der nächsten Zeit mit den zeitgleich stattfindenden Planungen für die passive Verkabelung in der Praxis aussehen? – Wir kommen in den Bereich, wo der Fortschritt bei der Digitalisierung und der Fortschritt bei der Sanierung ineinandergreifen sollten,

und wo es falsch wäre, die Prozesse als getrennte Prozesse zu betrachten, sondern sie sollten sicherlich als gemeinsame gedacht werden. – So viel von mir.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Kittler! Sie haben das Wort – bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Ich glaube, dass einige der Darlegungen, insbesondere auch von dem Vertreter der HOWOGE, darauf hindeuten, dass wir wirklich auf einem guten Weg sind. Ich erinnere mich noch an die heftigen Auseinandersetzungen, die wir im Zusammenhang mit der Entschließung und dem Entschließungsbeschluss im Berliner Abgeordnetenhaus unter dem Titel „Berliner Schulbauoffensive mit Hilfe der HOWOGE – transparent und nachvollziehbar“ hatten. Da haben wir wirklich Pflöcke hineingeschlagen, was die HOWOGE leisten muss. Das war nicht wenig. Und das, was ich heute gehört habe, hört sich für mich erst mal so an, als wenn das wirklich so umgesetzt wird. Ich möchte jetzt trotzdem fragen: Gibt es Einschränkungen, bei denen Sie sagen: Da haben wir Schwierigkeiten, das, was uns vom Abgeordnetenhaus auferlegt wurde, umzusetzen? – Das wäre meine Frage an Sie.

Ich sehr wohl auch gehört, dass Sie versuchen, die Öffnung in den Sozialraum hinein umzusetzen. Sie sagen beispielsweise, dass Sie beim Partizipationsverfahren unter anderem den Bedarf von Musikschulen mitbedacht haben. Können Sie da vielleicht noch mehr sagen, inwiefern die Öffnung in den Sozialraum durch Sie mit verwirklicht wird? Unternehmen Sie die Einbeziehung in das Partizipationsverfahren auf Anregung des Bezirks, oder wie funktioniert das?

Sodann habe ich sehr wohl vernommen – ich bin immer noch bei dem Kollegen von der HOWOGE –, dass Sie die Compartmentschulen bauen. Das haben Sie an einem Beispiel dargestellt. Das freut mich natürlich sehr. Jetzt gibt es Nachrichten – Frau Remlinger hat darauf hingewiesen –, dass das zum Teil aus Gründen, dass der Grund und Boden zu eingeschränkt ist, nicht gemacht werden kann. Da frage ich natürlich: Warum ist das so? Kann man dann nicht in die Höhe gehen, also praktisch nach oben bauen? – Ich kann mich gut erinnern – das ist jetzt nicht Ihr Bereich –, dass die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher auf die Fragen: Was machen wir denn, wenn wir nicht genug Fläche zur Verfügung haben, oder wir noch auf dem Dach einen Sportplatz haben wollen, oder den Schulhof auf dem Dach unterbringen wollen? – mir gesagt hat: Ja, dann müsst ihr uns den Auftrag geben! Dann schreiben wir das so aus und machen das so. – Wie sehen Sie das? – Das würde mich interessieren.

Zur bereits genannten roten Nummer 1189 AA: Ich würde dem Kollegen Martin Schaefer empfehlen, sich diese einmal anzugucken. Da steht, für jeden Bezirk genau aufgeschlüsselt, geschrieben, was passiert und wann das fertig sein soll – und wo Veränderungen in den Öffnungen von Neubauschulen bzw. Projekten anstehen. Vielleicht sollten wir uns diese rote Nummer demnächst auch einmal vornehmen und uns nicht nur im Hauptausschuss damit befassen. Darin ist nämlich beispielsweise der Defizitzuwachs dargestellt. Wenn ich mir das in den Schuljahren 2018/19 bis 2021/22 angucke, so haben wir zwar vom jetzigen Schuljahr zum nächsten Schuljahr einen Abbau der Defizite um rund 2 000 Schulplätze, kommen dann aber immer noch – von jetzt 9 411 Defizitplätzen – auf 7 552 Defizitplätze im nächsten Schuljahr. Wir wissen alle, wie das dann gelöst wird, nämlich in erster Linie durch Überbelegung der existenten Schulen. In Spandau wird gerade ein Versuch unternommen, mit Containern, die nur eine Höhe von 2,50 m haben, zu arbeiten. Insofern meine Frage: Kann man das nicht

für alle Bezirke als Übergangslösung freigeben? – Mir und allen ist natürlich klar: Das kann nicht die Zielstellung für eine generelle Raumhöhe werden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Kollegin! Ich bitte Sie zu straffen.

Regina Kittler (LINKE): Das ist bei diesen zwei Punkten, die wir hier zusammenfassen, ein bisschen schwierig. Es tut mir leid.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Sie sind die Einzige, die die Zeit extrem überstrapaziert. Fünf Minuten, Frau Kollegin! – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Dann würde mich die Frage – an Herrn Lemm gerichtet – interessieren: Wie viel wird in Ihrem Bezirk saniert, neugebaut? Können Sie das ein bisschen konkreter benennen? Und in welcher Höhe werden da, gegenwärtig und im nächsten Jahr, Mittel umgesetzt? Und – da Sie ja besonders auf die Partizipation abgehoben haben – haben Sie dafür Personal zur Verfügung, beziehungsweise bräuchten Sie welches? Wie werden denn im Zusammenhang mit Corona erfasste Mängel – zum Beispiel, dass man die Fenster nicht aufmachen kann – erfasst und jetzt in den Sanierungsmaßnahmen nach vorne gestellt?

Als Letztes vielleicht noch: Herr Kempert, ich habe aus den Bezirken, von wegen: auf eigenen Wunsch Drehscheibe statt Schulneubau, ganz andere Informationen. Ich glaube, dass die vor die Alternative gestellt wurden: Ihr müsst euch entscheiden! – Habe ich das falsch gehört? – Da würde mich auch interessieren, was die beiden Bezirksstadträte dazu sagen, ob das wirklich so war, dass der Bezirk sich selbst gewünscht hat: Nein, wir wollen nicht zwei Neubauschulen, sondern lieber eine Drehscheibe. – Aus meinem Bezirk – das ist Marzahn-Hellersdorf – kenne ich das anders.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Wild, bitte!

Andreas Wild (fraktionslos): Zu Herrn Wadle: Wir dürfen bei der HOWOGE-Geschichte nicht ganz vergessen, dass sich der Streit, den Sie vorhin aus dem Plenum beschrieben haben, darum drehte, dass durch diese Konstruktion die Schuldenbremse umgangen werden sollte, und dass wir jetzt haufenweise Kosten für die Schulen haben, die aber nicht den Schulden des Landes Berlin zugerechnet werden. Das ist natürlich alles nicht mehr aktuell, weil wir uns jetzt so hoch verschuldet haben, dass das jetzt auch keine Rolle mehr spielt. Aber künftige Generationen werden sich bei Ihnen erkundigen, wie denn das alles zustande kommen konnte.

Meine Frage, Herr Wadle: Partizipation ist schön und gut, aber normalerweise werden Schule für längere Zeiträume gebaut. Wenn Sie durch die Stadt fahren, sehen Sie Schulen, die über 100 Jahre alt sind. Wenn ich die Schüler partizipieren lasse, die jetzt gerade dran sind, dann ist das vielleicht eine von 30 oder 40 Generationen – das ist vielleicht ein bisschen hoch gegriffen, aber – von vielen Generationen, die da durchlaufen sollen. Jetzt soll aber nur diese eine Generation beteiligt werden. Ist denn das gegenüber den künftigen Generationen gerecht? – Sie da drüben auf der linken Seite sprechen doch immer von Gerechtigkeit. – Ist das gerecht gegenüber den Generationen, die noch folgen werden? – Vielleicht will jetzt die Schülerschaft unbedingt ein Tattoostudio im Keller errichten, und das wollen vielleicht künftige Generationen nicht. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir machen weiter mit Herrn Fresdorf. – Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – „Nicht so schnell, nicht so schnell!“, sagt die Weinbergschnecke zum Regenwurm. – Geschwindigkeit ist ja relativ. Wenn wir hören, dass wir bei der Schulsanierung unheimlich schnell sind, dann möchte ich das eben genannte Bild noch mal hervorrufen, denn ich glaube, so richtig schnell sind wir nicht, wenn man das einmal festhalten will.

Ich möchte mich den wie immer sehr klugen Fragen von Frau Remlinger anschließen, die ich für sehr sinnvoll erachte, und möchte sie noch ergänzen, wenn sie fragt, wie das WLAN in den Schulen konfiguriert ist, wie die Ausstattung aussieht: Wie wird denn Glasfaser, der Glasfaseranschluss bei Neubauten gehandhabt? Wird das bei der Erschließung der Schulen mitgedacht oder nicht? – Ich befürchte Letzteres. Dann können wir aber in den Schulen noch so tolle WLAN-Einrichtungen haben; wenn die Bandbreite nicht an die Schule kommt, haben wir ein super funktionierendes WLAN, aber keinen Internetanschluss. Das wäre eine große Katastrophe.

Wenn wir eins in Berlin können – gerade im Bildungsbereich –, scheint das Partizipation zu sein. Partizipation ist oft ein langwieriger Prozess. Wo sehen Sie da Beschleunigungspotenzial? – Vielleicht auch in Richtung der beiden Stadträte: Wie kann man diesen Prozess vielleicht noch smarter aufsetzen, um schneller voranzukommen und die Weinbergsschnecke ein bisschen abzuhängen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Nun Herr Stettner – bitte schön, Sie sind an der Reihe!

Dirk Stettner (CDU): Vielen Dank! – Ich kann mich kurz fassen; fast alle Fragen sind gestellt worden. Noch einige Pointierungen: Das Gerücht – das geht Richtung Senat –, dass wir bei Schulsanierungsprojekten davon ausgehen müssen, dass aufgrund der höheren finanziellen Belastung durch Corona dort massiv Projekte abgesagt und verschoben werden, ist also falsch? – Das würde mich sehr beruhigen, denn ich höre immer wieder, dass wir in Größenordnungen zu sanierende Schulen aus finanziellen Gründen weit nach hinten schieben müssen. – Das ist meine Frage an den Senat.

Eine Frage wahrscheinlich an die HOWOGE, an Herrn Wadle: Wie ist das denn bei Herrn Richter in der 34. Schule mit der Partizipation gelaufen? So, wie Herr Richter das berichtet hat, sind zumindest Punkte nicht so umgesetzt worden, wie es sinnvoll gewesen wäre – was immer vorkommen kann –, aber wie ist das da konkret gelaufen? – Daran anschließend: Wie evaluieren Sie denn in Schulen, die laufen, den vorherigen Partizipationsprozess, um daraus für weitere Bauplanungsunterlagen und Planungsphasen zu lernen?

Das Thema digitale Ausstattung interessiert mich auch. Die Frage geht sowohl an die Stadträte als auch die HOWOGE, weil es einmal um Schulsanierung und einmal um Neubau geht: Welchen Standard bauen Sie da ein? Sind bei Ihren Neubauten Kaniksysteme [phonet.] vorgesehen? Also was haben wir an intelligenter Haustechnik da drin? Was planen Sie an digitaler Ausstattung bei den Neubauten, aber auch bei den Schulsanierungen? – Auch dort würde mich das sehr interessieren.

Dann noch einmal in Richtung des Senats: Ich glaube, die rote Nummer hat 899 Seiten. – Frau Kittler, ich bin nicht im Hauptausschuss, darum hinke ich hinterher. – Wie viele Schulplätze sind bis heute tatsächlich erstellt und saniert worden? Und wann haben wir nach aktueller Planung das Schulplatzdefizit von resultierend über 7 000 Plätzen abgebaut? Wie ist der aktuelle Stand?

Die letzte Frage gehört auch zum Themenkomplex an den Senat: Dieses Angebot der freien Schulen, auch Schulplätze zu erstellen, ist das mittlerweile abschließend geprüft, beauftragt, gibt es da einen Deal? – Ich würde gerne wissen, wie da der Stand ist. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Remlinger – bitte schön!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe vor lauter Aufregung eine Frage vergessen, die ich Herrn Richter stellen wollte. – Lieber Herr Richter! Ich habe Ihre Schule besucht, und uns Grüne treibt auch die Frage guter Ernährung um. Ich habe in Erinnerung, dass Sie einen wahnsinnig tollen Lernküchenbereich bekommen haben, und wollte trotzdem ketzerisch fragen, wie das mit der Mensa und dem Catering ist, inwieweit Sie die Lernküche

wirklich in Betrieb haben, oder ob der Tausch gegen eine Mensa mit Schulküche, in der man auch kochen kann, Ihnen lieber gewesen wäre.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Kerker – bitte, Sie haben das Wort!

Franz Kerker (AfD): Vielen Dank! – Eigentlich ist alles schon gefragt worden. Trotzdem noch ein Punkt: Stichpunkt Partizipation. Wie groß ist denn wirklich das Verlangen der Lehrer, der Eltern, der Schüler, sich an diesem Prozess zu beteiligen? Das ist ja immer die Frage: Ist das eine kleine Minderheit, die sich da besonders hervortut, und dem Rest ist es eigentlich egal? – Ich sage mal so: Die E-Mails und Briefe, die mich in den letzten Wochen und Monaten speziell von Eltern erreicht haben, gehen eigentlich eher in die Richtung, dass sie sich davor fürchten, dass wir nicht mehr zur Normalität an den Schulen zurückkehren. Denen ist diese ganze Partizipationsgeschichte ziemlich piepegal, muss ich jetzt an der Stelle einfach mal sagen. Wie würden Sie das prozentual aufwiegen? – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Und Frau Kittler noch mal – bitte!

Regina Kittler (LINKE): Ich habe auch noch eine Frage vergessen. Wir haben hier Gott sei Dank zwei Bezirksstadträte unter uns, die zuständig sind. An die beiden, das betrifft Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf: In beiden Bezirken haben wir sowohl im Grundschulbereich als auch im Oberschulbereich Defizite. Deshalb würde ich gerne beiden die Frage stellen wollen, inwiefern Sie denn insbesondere den Bau von Gemeinschaftsschulen forcieren, durch die man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte, um hier den Abbau von Defiziten zu betreiben.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt haben Sie die Herkulesaufgabe, auf all die Fragen zu antworten. Wir fangen an mit Herrn Lemm. – Bitte schön!

Gordon Lemm (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bemühe mich, auf alle einzugehen. Ich habe zum Glück noch Nachfolgende, die das dann ergänzen können.

Zu der ersten Frage von Frau Remlinger – ob die Drehscheiben gestrichen worden sind, beziehungsweise wie hier der Stand ist – hatte Frau Stoffers schon etwas gesagt. Es ist in der Tat so: Wir hatten als Bezirk Marzahn-Hellersdorf drei Drehscheiben angemeldet und über SI-WANA genehmigt bekommen, jeweils 15 Millionen Euro. Eine befindet sich jetzt auch in der Umsetzung. Die zwei weiteren haben wir genommen – das war unsere Entscheidung als Bezirk –, um eine zusätzliche Holzmodulschule zu finanzieren.

Kurz zur Begründung, warum wir das getan haben: Drehscheiben sind im Rahmen der Sanierung auch wichtig, aber noch wichtiger – zumindest in meinem Bezirk; ich weiß nicht, wie der Kollege Schaefer das einschätzt – war tatsächlich die Schaffung zusätzlicher Schulplätze. Der Vorteil an diesen Holzmodulschulen ist einfach die unglaubliche Schnelligkeit, mit der selbige gebaut werden können. In Aussicht ist hier für uns 2022. Insofern war es für mich und die Kollegen bei uns im Bezirksamt eine klare Entscheidung – das haben wir zusammen entschieden –, zu sagen: Die 30 Millionen Euro nutzen wir, um eine zusätzliche Holzmodulschule und damit schnell weitere Schulplätze zu bekommen. – Das war eine Entscheidung von uns. Insofern wurden die nicht gestrichen. Wir sind jetzt aufgefordert, das für die anderen

beiden Standorte – wie gesagt: einen werden wir umsetzen – in die I-Planung einzufügen und dann entsprechend umzusetzen. Aber Stand jetzt ist das Geld in die Holzmodulschulen geflossen.

Zu den geschobenen Sanierungen kann ich nichts sagen, weil alle Großsanierungen bei uns von unserem eigenen Bauamt gestemmt werden. Da gibt es natürlich immer wieder kapazitätsbedingt Verschiebungen, in der Regel nach hinten, nicht nach vorne, aber das gibt es tatsächlich auch nach vorne. Insofern müssten dazu vielleicht die anderen Kollegen etwas sagen.

Wie viele Compartmentschulen bei uns im Vergleich zu Nicht-Compartmentschulen gebaut werden, das ist ein Stück weit ein Blick in die Zukunft, aber ich kann zumindest sagen: Stand jetzt haben wir bei uns im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zehn bestätigte Neubaubedarfe, unter anderem zwei mit der HOWOGE, bei denen wir aktuell in der Partizipation bzw. in der Umsetzung sind. Das sind beides Compartmentschulen, die dort umgesetzt werden. Die von mir genannten Holzmodulschulen sind eine Mischung. Der Vorteil, dass sie so schnell sind, heißt: modular. In der Regel steht hier schon relativ viel fest. Wir waren der erste Bezirk, der eine sogenannte Holzmodulschule bekommen hat. Das Schulbauprogramm hieß – warum auch immer – „MOPS“. Das wurde umgesetzt und hat schon einige Ansätze und Anzeichen von Compartment. Nach meinem Wissenstand, aber das könnte die Bildungsverwaltung vielleicht noch ergänzen, werden die Holzmodulschulen, die jetzt im Land Berlin gebaut werden sollen, daraufhin noch einmal angepasst, dass dort weitaus mehr Compartment mit dabei sein soll. Wenn Sie mich aber fragen: Compartments oder schnelle Schulplätze? –, würde ich mich in meiner Situation immer für den schnellen Schulplatz entscheiden. Aber Sie haben natürlich recht, es darf nicht dazu führen, dass das Compartment, das erarbeitet und erkämpft worden ist, wegfällt.

Zu den Grundstücken war Ihre Frage, glaube ich, wie viele davon – bei uns oder generell – noch nicht fertig oder nutzbar sind. – Das hängt ein Stück weit immer von der Einzellagenbetrachtung ab. In der Regel sind das Schulvorhaltestandorte, die wir den Senatsverwaltungen dann als bebaubare Schulgrundstücke melden. Im Rahmen des Checks vor Ort stellen sich dann häufig – nicht immer, aber häufig – Komplikationen heraus, insbesondere was die Umwelt-Naturschutz-Belange angeht. Da müssen Artenschutzgutachten im Vorfeld, zum Teil auch noch Lärmschutzgutachten oder – das war eine Besonderheit in meinem Bezirk – ein olfaktorisches Gutachten erstellt werden. Insofern kommt es immer mal wieder zu Verzögerungen.

Grundsätzlich melden wir nur Grundstücke, die im Vorfeld schon mit der Senatsverwaltung abgecheckt worden sind, was Größe und Eignung angeht. Da sind wir aber als Bezirk Marzahn-Hellersdorf in einer komfortablen Situation. Ich habe es gerade gesagt, wir haben zehn Zusagen, wir haben auch zehn Grundstücke dafür benennen können. Andere Bezirke, gerade die Innenstadtbezirke, die nicht so viele freie Flächen zur Verfügung haben, haben dort ganz andere Probleme und müssen zum Teil Flächen erschließen, die nicht als Schulvorhaltestandort, auch nicht planungsrechtlich, vorgesehen sind. Deswegen kommt es da häufiger zu Problemen.

Zum Thema Digitalpakt und inwiefern Mittel in Umsetzung sind: Sie sind an einzelnen Schulen in Umsetzung. Und – das hatten mehrere von Ihnen, insbesondere Frau Lasić, gefragt –: Wenn Großsanierungen bei Schulen anstehen, wird die Digitalisierung und die Um-

setzung des Digitalpakts natürlich mitgedacht und umgesetzt. Schwierig wird es, wenn wir Sanierungen in drei oder vier Jahren haben, weil dann irgendwann die Abwägung kommt: Lohnt hier noch eine Investition? – Das ist ja nicht einfach nur einen Server, Cloudleistung, WLAN und LAN-Schlüssel vor Ort bringen, sondern in der Regel auch noch zusätzliche Steckdosen verlegen. Das hört sich erst einmal einfach an, ist es aber nicht, weil das eine wirkliche Baumaßnahme ist. Da müssen die Wände aufgestemmt und entsprechende Kabel verlegt werden, sodass es immer eine Abwägungsfrage ist.

Rund um die drei oder vier Jahre ist so ein bisschen die Grenze, wo wir sagen: Wenn wir eine Schule drei oder vier Jahre in diesem Zustand belassen würden, würde sich das lohnen, hier noch zu investieren? – Wenn es nur ein oder zwei Jahre sind, warten wir in der Tat die Sanierung ab. Dort werden dann gleich ganz viele Dinge mitgedacht und umgesetzt; das ist der Vorteil. Genauso verhält es sich übrigens – irgendjemand hatte das vorhin gefragt – mit den Waschbecken, auch das gehört zum Lernen aus Corona: Wenn wir sanieren, werden wir wieder Waschbecken in unsere Schulen bringen.

Zur sozialräumlichen Öffnung hatte Frau Lasić, glaube ich, gefragt. Es ging ein Stück weit auch an die HOWOGE. Insbesondere an den Neubauschulen, bei denen wir als Bezirk partizipativ mit eingebunden sind, ist es immer der Wunsch – das hatte ich vorhin schon mal gesagt –, Kapazitäten, die an Schulen ohnehin gebaut werden, ein Stück weit in den Stadt-raum zu öffnen. Das ist total sinnvoll. Da ist dann wieder die Frage: Wie lange steht eigentlich eine Schule? Was kann man hier für eine Nutzung mitdenken? – Schulen sind Zentren in Stadtteilen, und werden von jedem gekannt. Insofern ist es auch sinnvoll, sie zu nutzen. Beim Sport wird das schon lange gemacht: Sportvereine gehen in der Regel in Schulsporthallen zum Sportunterricht. Aber wir wollen das erweitern.

Bei dem Beispiel mit der HOWOGE haben wir uns bei einer ISS, die zukünftig gebaut werden soll, gewünscht, dass dort eine Kiezbibliothek eingerichtet wird. Das heißt, dass die vorhandene Schulbibliothek auch von außen zugänglich sein soll. Das sind die Punkte, die dann beim Bau mitgedacht werden. Wir wollen dort auch einen Veranstaltungsraum für die Anwohnerschaft nutzen; das heißt, auch der ist von außen zugänglich, extra verschließbar und hat keinen Zugang in den Schulraum hinein.

Ein Projekt, das man wahrscheinlich an allen Schulen relativ leicht umsetzen kann, ist die Schulgartennutzung – auch in den Sozialraum hinein –, Stichwort Urban Gardening, damit die Anwohnerinnen und Anwohner eine Verbindung zur Schule haben und Grünflächen einfach mitnutzen können. Das sind übrigens alles Dinge, die relativ wenig kosten. – Das Thema Stadtteilbibliotheken oder Musikschulunterbringung: Das Limit ist tatsächlich in der Regel die Finanzierung. Alles, was sich mitgestalten lässt, nutzen wir. Wo wir es nicht dürfen, wird uns das dann schon gesagt.

Frau Kittler hatte noch zur Sanierung und zum Neubau gefragt, wie dort der aktuelle Stand ist. Da kann ich in der Tat den Eindruck von Frau Stoffers und Frau Scheeres noch einmal bestätigen, wohlwissend, dass es immer mehr Bedarfe gibt, als umgesetzt werden kann. Wir werden in den Jahren 2020 und 2021 bei uns im Bezirk insgesamt 140 Millionen Euro für die Sanierung, den Neubau und Ausbau anfassen. Da sind die MEBs schon mitgerechnet, aber noch keine Neubauschulen. Wenn ich die mitrechnen würde – ich hatte es ja gesagt; wir haben zehn zusätzliche Schulen, die wir bekommen werden –, kommen wir so round about, ge-

mittelt zwischen Ober- und Grundschule, auf 45 Millionen Euro, knapp 50 Millionen Euro. Es werden auch hier in den nächsten fünf oder zehn Jahren 500 Millionen Euro in die Schulinfrastruktur bei uns investiert, was natürlich eine riesige Summe ist, aber die 100 Millionen Euro oder 140 Millionen Euro für die Sanierung sind auch schon eine gewaltige Summe. Das möchte ich auch in Anbetracht dessen sagen, dass unser Hochbauamt wirklich am Limit ist und ganz viel leistet.

Die Frage Personal, insbesondere bei der Partizipation – da kann ich jetzt nur für mein Bezirk sprechen; ich glaube, bei den anderen ist es noch nicht so –: Wir haben einen Kollegen – das ist in dem Fall richtig gegendert –, der bei uns im Schulamt für Partizipation zuständig ist. Wir werden noch eine zweite Mitarbeiterin oder einen zweiten Mitarbeiter dazu einstellen, weil es ein wichtiges und zeitfüllendes Thema ist. Das haben wir uns als Schulamt im Rahmen der Haushaltsberatungen mit den anderen Kolleginnen und Kollegen ein Stück weit erkämpft. Sie haben das aber unterstützt. Insofern haben wir da Personal. – Frau Kittler! Ich hatte Ihre Frage noch im Kopf, ob wir Personal brauchen: Ja, gerne – aber okay.

Zu den Fenstersanierungen bzw. Fenstern im Rahmen der Hygienemaßnahmen: Wir haben bei uns zwei Schulen, bei denen das Lüften zumindest problematisch ist. Lüftung ist eigentlich der zentrale Bestandteil der Hygienemaßnahmen, des Musterhygieneprogramms der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Bei dem einen haben wir ein Umluftsystem. Da haben aber die Kollegen vom Bauamt gecheckt, dass dort eine ausreichende Lüftung stattfindet. Bei dem anderen ist es in der Tat so, dass wir sanierungsnotwendige Fenster haben. Hier haben wir veranlasst, dass dort die Fenster saniert werden, aber auch da – das ist eine sehr auffällige Schule, Marzahn-Nord, ich glaube, Sie kennen sie: die Kerschensteiner-Schule – ist das nicht einfach nur ein Fensterwechsel, sondern daraus muss eine Hochbaumaßnahme gemacht werden, weil der Grundstoff porös ist. Das haben wir aber zumindest beauftragt. Die Themen Waschbecken und Fenster nehmen wir bei den Sanierungen mit: Fenster sollen sich öffnen lassen, Waschbecken werden zukünftig wieder installiert.

Die letzte Frage, die Sie, Frau Kittler, nachgeschoben hatten, war die zum Bau von Gemeinschaftsschulen, um sozusagen beide Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Das ist zutreffend. Es ist von uns angedacht, zumindest die vorhin erwähnte Holzmodulschule als Gemeinschaftsschule zu bauen, weil wir an dem Standort sowohl Grundschul- als auch Oberschulbedarf haben. Nicht überall, wo Oberschulen geplant sind, sind auch Gemeinschaftsschulen sinnvoll, rein von der Räumlichkeit. Wir haben eine Schule geplant, die im Industriegebiet ist, da sind wenig Grundschülerinnen und Grundschüler in der Nähe. Aber an Standorten, wo beide Bedarfe möglich sind, wird das von uns immer mitgedacht. Wir lassen das in der Tat offen. Unsere Anmeldung heißt dann bei den Oberschulen immer: Oberschule – Schrägstrich – Gemeinschaftsschule. Das ist ein partizipativer Prozess, den wir mit den Schulgemeinschaften umsetzen wollen.

Sie hatten zum Thema Partizipation angemerkt, dass nur eine Generation daran teilhaben kann, und ob das in Anbetracht der vielen, die da nachfolgen, sinnvoll ist. Wenn Sie es rein numerisch sehen, würde man sagen: Es folgen mehr nach, die nicht mitbestimmen können. Aber ich habe die Alternative nicht verstanden, denn wenn Sie gar keinen abstimmen lassen, wird die Gerechtigkeit nicht größer. Man kann nur diejenigen, die jetzt erst mal nachfolgen, mitbestimmen lassen. Es ist nicht eine reine Mitbestimmung, im Sinne von: Die wollen einen Kicker oder eine Rutschbahn oder irgendetwas haben, sondern es sind eher Fragen wie: Wollt

ihr eine Gartennutzung haben? Sind bestimmte Räumlichkeiten vorzuhalten, die auch anders genutzt werden können? – Es sind auch Architektinnen und Architekten und die Senatsverwaltung da, die immer noch sagen: Das ist sinnvoll, und das kann umgesetzt werden. – Partizipation hat im wahrsten Sinne des Wortes auch da ihre Grenzen. Es geht immer ein Stück weit auch um Funktionalität.

Herr Fresdorf hatte noch zu Glasfasern gefragt; es ging insbesondere um Neubauschulen. Da gebe ich gerne an Herrn Wadle ab.

Beschleunigungsprozesse bei der Partizipation sind eine spannende Frage, auf die ich gar nicht sofort eine ganz schnelle Antwort habe. Ich kann nur sagen: Bei den Regelverfahren – – Regelverfahren heißt: Wir beginnen jetzt – ich kann das immer am Beispiel der HOWOGE ausführen – mit der Partizipation des Bedarfsprogramms, geschrieben für ein Gymnasium bei uns, die Fertigstellung ist – Sie sagen mir jetzt nichts anderes – für 2025 geplant. Das heißt: fünf Jahre Vorlauf. Da hat man auch beim Thema Partizipation ausreichend Zeit. Aber bei allem, was in Verbindung steht mit: Wir brauchen schnell Schulplätze, wir wollen MEBs bauen, wir müssen Container bauen, da – das hatte ich eingangs ausgeführt – rutscht die Partizipation ein Stück weit nach hinten, weil dann an erster Stelle steht: Wir brauchen Schulplätze. Das ist sehr dringend. – Ein Stück weit nach hinten bei den Regelverfahren bedeutet, man hat genug Zeit, denn Grundstück fertig machen, Bedarfsprogramme, Finanzierung klären nimmt an sich schon Zeit in Anspruch. Wenn man in der Zeit schon mit den zukünftigen Nutzerinnen und Nutzern ins Gespräch kommt, kann man beide Verfahren gleichzeitig führen, sodass man da nicht beschleunigen müsste.

Herr Stettner hatte gefragt: Was lernen wir aus der Partizipation? – Ich hatte das verstanden im Sinne von: Kommen Sachen immer wieder vor? Kann man die von sich aus schon mitdenken? – Das ist in jedem Fall so: Stichwort Gartengestaltung, Stichwort Verschattung auf Schulhöfen – das ist ein ganz häufiges Thema –, eine Bibliothekserweiterung, die Nutzung von Auftrittsräumen für Schulen. Das sind Sachen, die immer wieder von Nutzenden, von den Bezirken angebracht werden. Das geht dann nach und nach in die Bedarfsprogramme an sich über.

Zum Abschluss hatte Herr Kerker noch gefragt: Gibt es denn überhaupt den Wunsch nach Partizipation? – Ich hatte eingangs ausgeführt, dass wir ein sehr gutes Beispiel von Partizipation haben: die Schulhöfe. Dort sind nach meinem Eindruck – ich hatte, wie gesagt, sechs Schulen – die Kinder hellauf begeistert, wenn sie mitgenommen, gefragt werden, und sie dann später sagen können: Die Schaukel, die Wippe oder die Rutsche hier auf dem Berg war unsere Lösung oder unser Vorschlag. – Es gibt da auch wirkliche Abstimmungsverfahren. Ich glaube, dass es insbesondere bei Kolleginnen und Kollegen ein sehr hohes Bedürfnis nach Partizipation gibt, weil das sind letztendlich diejenigen, die funktional in der Schule arbeiten müssen. Und die finden manchmal: Architekten denken sich eine Sache aus, und auch der Bezirk guckt irgendwie darauf, aber insbesondere, wenn es logisch sein soll, wenn sie schon Vorstellungen haben, wo etwas sein soll, ist das sehr wichtig.

Und was man nicht vergessen darf: Für Anwohnerinnen und Anwohner ist es extrem wichtig zu wissen, was da eigentlich passiert. In der Regel ist da eine grüne Wiese, plötzlich kommt etwas dahin. Allein dafür ist Partizipation schon wichtig. – Ich hoffe, das waren die Punkte, jedenfalls die, die ich beantworten kann.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Offengebliebene Fragen werden sicherlich die anderen Anzuhörenden, wenn sie das gemerkt haben, mit aufnehmen; so hoffe ich jedenfalls. – Herr Wadle – bitte schön, Sie haben das Wort!

Jens Wadle (HOWOGE): Vielen Dank! – Ich würde vielleicht noch ein, zwei Worte zu Punkt 3 b sagen, weil ich diesen Punkt vorhin gar nicht so richtig beleuchtet habe. Das war ein bisschen Ihre erste Frage: Wie viele Compartmentschulen planen wir eigentlich? – Alle Neubauten, die wir aktuell planen, sind Compartmentschulen, folgen dem Musterraumprogramm, den Funktionsdiagrammen, was man möchte – die Berliner Lernhäuser. Wir sind aktuell in zwei Schulen in der konkreten Planung und wollen dieses Jahr noch einen Bauantrag einreichen. Für nächstes Jahr ist dann der Baustart an der Allee der Kosmonauten in Lichtenberg für über 1 500 Schülerinnen und Schüler geplant. Wir waren parallel dabei, auch schon Bauaktivitäten auf dem Grundstück durchzuführen. Wir haben die bestehenden Gebäude komplett zurückgebaut, die Grundstücke vorbereitet und bereits die Leitungen für den Neubau gelegt. Alles das ist schon in der Planungsphase mit entstanden, sodass nächstes Jahr das Grundstück so vorbereitet ist, dass wir sofort nach der Baugenehmigung mit dem Neubau beginnen können.

Dieses Jahr haben wir drei Wettbewerbe durchgeführt – alles Compartmentschulen. Wir haben diesen Monat den Entscheid für die erste ISS Am Breiten Luch, auch in Lichtenberg. Das wird in Kürze veröffentlicht. Wir haben im Oktober zwei weitere Wettbewerbe, einmal die Gemeinschaftsschule Adlershof und einmal in der Erich-Kästner-Straße in Marzahn-Hellersdorf, also in verschiedenen Bezirken, durchgeführt. Wir sind aktuell mit der Bildungsverwaltung und weiteren Bezirken dabei, fünf Bedarfsprogramme zu schreiben, die vermutlich gegen Ende des Jahres fertig sind. Wenn sie geprüft sind, gehen wir Anfang nächsten Jahres in die Wettbewerbe über, sodass nächstes Jahr auch weitere Compartmentschulen entstehen sollen.

Wir haben auch bei den Sanierungen immer versucht, mit der Schulgemeinschaft das Thema mitzudenken: Was will man? – Das hat man, auch wenn es nur tröpfchenweise war, herausgearbeitet. Wir sehen insbesondere dort die Vorteile im Brandschutz und in der Aktivierung von Verkehrsflächen, die man bei bestehenden Schulen durch die neue Konzeption heben kann. Es wird mitgedacht, immer reflektiert: Bringt das einen Vorteil, und will die Schule das? – Es ist nicht verboten, darüber nachzudenken.

Sie haben gefragt, ob wir bereits ein Termin- und Kostencontrolling aufgesetzt haben. – Das haben wir natürlich getan. Ab dem Bedarfsprogramm haben wir für uns die Zeit- und natürlich auch eine Kostenschiene, die wir immer verfolgen, die geprüfte Bedarfsprogramm-sicht, die auf der zentralen Ebene bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen angesiedelt ist und alle Kosten zentral einmal prüft.

Sie hatten zu den Grundstücken für Compartments gefragt. Das war ein anderes Thema. Die Grundstücke, die uns nicht zugeordnet oder noch einmal in eine andere Tranche einsortiert wurden, sind nicht baureif, weil sie entweder in großen Entwicklungsgebieten liegen, also das Grundstück noch gar nicht feststeht, oder planungsrechtliche Fragen noch nicht geklärt sind. Somit können sie nicht mit einer konkreten Planungsaufgabe entwickelt werden und wurden aufgrund dessen noch einmal aus dem Pool der HOWOGE herausgenommen.

Es gibt aber eine Reihe von Grundstücken, die tatsächlich zu klein sind. Das ist jetzt nicht in unserem Neubauportfolio, dafür hat man aber ein Stück weit neuerdings die Holzmodulbauschulen, die man als Strategie ansetzt. Auch da darf die HOWOGE mit fünf bis acht Schulen unterstützen. Gemeinsam mit der Bildungsverwaltung entwickeln wir dazu gerade die Standards und entscheiden, welche Grundstücke dafür infrage kommen.

Sie hatten grundsätzlich zu den Standards gefragt, ob das jetzt Anschlüsse oder Qualitäten sind. Die gelten für die HOWOGE genauso wie für alle anderen Baudurchführenden. Die Anschlüsse der digitalen Hausanschlüsse sind immer abhängig von dem Grundstück – Was liegt an der Straße an? –, aber im Regelfall haben wir die gleichen Qualitäten zu liefern, die in den Standards, die die Bildungsverwaltung herausgegeben hat, festgeschrieben sind.

Zur sozialräumlichen Öffnung hat Herr Lemm ein bisschen etwas gesagt. Es ist grundsätzlich die Mehrfachnutzung von Räumen; die arbeitet man heraus. Das ist im Planungsprozess relativ einfach zu implementieren. Sonderthemen entstehen, wenn mehr Fläche erforderlich wird. Dazu gibt es ein Verfahren, dass die Bezirke die zusätzliche Finanzierung ein Stück weit mit absichern müssen. Dann ist es natürlich Teil der Bauaufgabe, weil es in einem Gebäude entstehen soll, das wir mitbauen und – neben der BSO – exakt separat ausweisen.

Sie hatten zur Ernst-Reuter-Schule gefragt: Dort sind wir aktuell mitten in der Partizipation. Wir haben die ersten Workshops durchgeführt – der MINT-Schwerpunkt ist ein Teil dessen, was herausgearbeitet werden soll. Was heißt das für die Sanierung? Braucht die mehr Fläche? Ist es eine inhaltliche Diskussion? – Da arbeitet man sehr eng mit der benachbarten Grundschule zusammen. Das ist ein Werkzeug wie vieles andere, was durchleuchtet, anhand eines Musterraumprogramms gespiegelt und dann in einen Konsens geführt wird.

Sie hatten gefragt, was wir uns vom Abgeordnetenhaus wünschen. Wir versuchen einen guten Job zu machen und hoffen, dass wir auch viele Gegenstimmen, die es gab, ein Stück weit entkräften können, indem wir versuchen, transparent und beschleunigend mitzuwirken. – Ein Stück weit sind im Hauptausschuss die Verträge aktuell. Da erhoffen wir uns natürlich eine Unterstützung, dass wir auch weiterhin für die Bezirke tätig werden können. Die Verträge sind noch zur Kenntnis zu nehmen, damit wir diese jetzt mit Lichtenberg für das erste Bauvorhaben konkret abschließen können.

Was man sich auch wünschen könnte, wäre ein Planungsansatz, der berücksichtigt, dass gerade dem Personal in den Schul- und Sportämtern der Bezirke eine besondere Aufgabe zukommt, weil sie als zentrale Ansprechpartner für uns fungieren und natürlich eine Art von Streuung erwirken müssen. Insofern ist das eine Aufgabe, die aus dem bisherigen Aufgabengebiet ein Stück weit herausgreift.

Zur Geschossigkeit hatten Sie gefragt: Ja, es gibt die vier- und fünfgeschossige Vorgabe, die aktuell noch einzuhalten ist. Man arbeitet immer in der Partizipation heraus: Was geht an einem Standort? Kann man einen Einzelweg gehen? – Aber grundsätzlich gibt es die Drei-, Viergeschossigkeit für die Grundschule und die Vier-, Fünfgeschossigkeit für die weiterführende Schule. Aber auch da kann es einen Konsens geben, wenn man in der Diskussion dieses Bedarfsprogramms ist.

Die Einbindung späterer Generationen: Natürlich geht die Partizipation in informierenden Gesprächen auch nach dem „Wie soll die Schule sich entwickeln?“ weiter. Natürlich sind wir dann nicht weg, sondern werden als Ansprechpartner der Schule immer zur Verfügung stehen und zeigen, wo wir stehen. Um das transparent zu zeigen, bereiten wir gerade ein Tool vor, damit man sich als Schulgemeinschaft auf unserer Homepage darüber informieren kann, wie der Planungsstand ist, und wo die Ergebnisse, zum Beispiel zur Partizipation, dokumentiert sind. So kann man zu jeder Tages- und Nachtzeit über sein Handy den Stand seiner Schule im Blick haben.

Sie hatten gefragt: Grundschule Konrad-Wolf-Straße, warum hat das da nicht funktioniert? – Dazu kann ich leider nichts sagen; das war keine Maßnahme der HOWOGE.

Dann hatten Sie zur Ausstattung gefragt. Dazu gibt es eine Schnittstellendefinition. Das heißt, die HOWOGE ist beim Neubau und bei der Sanierung für die feste Ausstattung verantwortlich. Die lose Ausstattung findet über eine Schnittstellenliste bei den Bezirken statt, weil es da insbesondere um die schulfachlichen Themen geht. Da ist der Bezirk weiterhin für die Beschaffung verantwortlich. Das heißt, wir planen mit, stimmen das gemeinsam ab, aber die Beschaffung der losen Ausstattung verbleibt beim Schulträger.

Verlangen nach Partizipation, danach hatten Sie gefragt: Ja, es ist schwer, eine ganze Schule in der Partizipation mit einzubinden. Natürlich gibt es da einzelne Vertreter, die sich stärker involvieren, dafür bilden aber Schulen Bauausschüsse und benennen Vertreter, damit auch diese Interessenlage in die Verfahren hineingetragen wird. Wir haben immer zwischen 25 und 30 Beteiligte in den Partizipationsverfahren bei den Sanierungen. Daher glauben wir, da einen guten Interessenmix abzudecken. Ich glaube, ich bin von oben nach unten durch. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke Ihnen auch! – Jetzt schalten wir wieder digital Herrn Richter zu uns. – Hören Sie uns?

Guido Richter (34. Schule): Jawohl!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wunderbar! Dann bitte ich Sie, die an Sie gerichteten Fragen zu beantworten!

Guido Richter (34. Schule): Danke schön! – Liebe Frau Remlinger! Sie fragten noch einmal bezüglich unserer Mensa und speziell unserer Lehrküche nach: Wir haben uns der gesunden Lebensweise verschrieben, einerseits in Bezug auf vielfältige Bewegungsangebote speziell im Nachmittagsbereich für unsere Kinder, aber auch in Bezug auf Ernährung. Insofern sind wir froh, dass im neuen Vergabeverfahren, das Ende letzten Jahres in den Bezirken stattgefunden hat, der Caterer, den wir uns zu Beginn unserer Schullaufbahn aussuchen durften, auch weiterhin unsere Kinder versorgt.

Bezüglich der Lehrküche, die ganz toll mit elektrischen Geräten und allem Drum und Dran ausgestattet wurde, muss ich sagen, das ist ein gutes Beispiel, wo ich mir auch etwas mehr Partizipation in Bezug auf die bereits mehrfach angesprochene Musterraumausstattung gewünscht hätte. In diesem speziellen Fall wurde die Lehrküche ohne Ausrüstung in Bezug auf Besteck, Töpfe, Pfannen, Teller usw. übergeben, sodass wir da erst einmal auf Spenden der Eltern zurückgreifen mussten. Die wird aber rege genutzt. Wir haben schon eine Kooperation mit der Akademie in Bezug auf unseren Schulhof und haben schon die ersten Früchte – im wahrsten Sinne des Wortes – ernten können. Die Kinder haben das im Nachmittagsbereich sowohl geerntet als auch in der Lehrküche zubereitet. Ich glaube, da sind wir auf einem ganz guten Weg. Eine bessere Absprache – beziehungsweise ich weiß gar nicht, inwieweit man auf diese Musterraumausstattung überhaupt Einfluss nehmen kann – hätte uns gut getan.

Wenn ich diesen Gedanken noch einmal in Bezug auf den Digitalpakt weiten darf: Wir haben einen Informatikraum, der bis dato noch nicht mit Endgeräten ausgestattet ist, und haben aber in den Klassen- und teilweise auch in den Teilungsräumen eine extrem tolle Ausstattung mit Smartboards. Wobei man an einer Grundschule hinterfragen muss, ob so eine Ausstattung in diesen Teilungsräumen wirklich zielführend ist – anders als vielleicht an einer Oberschule – und ob man mit dem eventuell da eingesparten Geld nicht den Informatikraum hätte ausstatten können. – Das sind Ansatzpunkte, bei denen ich denke, dass da vielleicht noch Verbesserungspotenziale vorhanden sind. So weit vielleicht. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Dank zurück! – Wir machen weiter mit Herrn Schaefer. – Sehen und hören wir Sie wieder? – Ja, wunderbar! – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Herzlichen Dank! – Ich picke mir noch einmal ein paar Sachen heraus, die bisher nicht gefallen sind. Ich möchte aber auch noch einmal zur Drehscheibe kommen: Da ist die Frage, wie man das definiert. Wir waren genau vor diese Alternative gestellt: drei Drehscheiben oder eine Schule? – Da haben wir uns natürlich für die Schule entschieden. Es war aber nicht: Na, was wollt ihr denn nun? –, sondern es war ein Entweder-oder. Daher hatten wir tatsächlich eine Schwierigkeit mit dieser Entscheidung, weil wir die drei Drehscheiben für knapp 20 Schulen, die wir sanieren wollen, dringend brauchen. Die rücken nun automatisch mindestens zwei Jahre nach hinten. Wir haben die natürlich in der I-Planung angemeldet, aber diese Konsequenz folgt dann daraus. Mit der müssen wir – und vor allem die Schulen – leben.

Wie Kollege Lemm es sagt, ist es auch bei uns. Das bedeutet, dass wir bei Maßnahmen, gerade im Zuge der Digitalisierung, immer abwägen müssen: Lohnt es sich jetzt gerade noch, oder warten wir ab, bis die Sanierung dann letztendlich kommt?

Frau Senatorin Scheeres und Frau Staatssekretärin haben natürlich vollkommen recht: Das Projekt Schulbauoffensive ist mit den 5,5 Milliarden Euro, die das Land Berlin in die Hand nimmt, ein Riesenprojekt. In der Kommunikation mit den Eltern wird das aber gar nicht so großartig gesehen, weil die sagen, dass das alles zwangsläufig ist. Also: Wir müssen Schulen bauen. Wir brauchen die Schulplätze. Wir haben viele Schulen, die tatsächlich überlaufen. – Die Sorge der Eltern ist, dass das Abschmelzen gar nicht oberste Priorität ist, sondern dass der Neubau eigentlich nur für die Schulen, Kinder sein wird, die jetzt schon geboren sind, die in drei, vier, fünf Jahren in die Schule kommen. – Diese Skepsis müssen wir miteinander nehmen. – Das meinte ich, Frau Kittler! Ich kenne natürlich die Listen. Ich weiß auch, dass darin eine Menge steht. Trotzdem glaubt man es mir im Bezirk nicht mehr, und man glaubt es auch dem Senat nicht mehr, dass die Dinge tatsächlich auf die Schiene gebracht werden, dass es läuft, und dass die Dinge auch zeitgerecht entstehen.

Ich möchte alles bestätigen, was Herr Wadle zur HOWOGE gesagt hat: Wir arbeiten super mit der HOWOGE zusammen, freuen uns über alle Absprachen, tatsächlich auch im Kostencontrolling, im Zeitmanagement. Das sind alles Dinge, die uns sehr gut tun, bei denen wir die HOWOGE als einen ganz wichtigen Partner empfinden und wo wir natürlich auch im Amtshilfersuchen dem Senat gegenüber – das möchte ich gar nicht verschweigen – sehr dankbar sind für alles, was uns finanziell zugesagt wird.

Ich wurde zu den Gemeinschaftsschulen gefragt: Ja, wir bauen Gemeinschaftsschulen, aber wir brauchen dafür einfach größere Flächen. Für eine Gemeinschaftsschule brauche ich aktuell noch ungefähr 25 000 m², für eine einfache Grundschule sind es 14 000 m², 15 000 m², 16 000 m², vielleicht mal ein bisschen weniger, wenn ich da kreativ plane. Das ist aber dann eine Entscheidung, die allein mit der Lokalität zusammenhängt, also: Habe ich die Fläche vor Ort? – So wie Herr Lemm auch sagte, muss ich natürlich gucken: Wo habe ich sowohl Grundschulbedarf als auch weiterführenden Bedarf? – Deshalb eignet sich dafür nicht jede Planungsregion und jedes Grundstück.

Wir planen bei den Schulen mit der HOWOGE ausschließlich Compartmentsschulen, haben aber tatsächlich, wenn wir vor der Alternative Compartments oder Schnellbau stehen, auch die Entscheidung getroffen, auf den Schnellbau zu gehen, der zum Teil Compartmentelemente mit aufgreift, die wir gerne nutzen und die durch das Raumangebot dazu dienen können, eine Öffnung ins Quartier zu ermöglichen.

Auch bei Herrn Richter – das hat er ganz verschwiegen – sind mit der neuen Halle längst auch Sportvereine, auch deutschlandweit erfolgreiche Vereine, eingezogen, die in das Quartier auch hineinstrahlen. So wollen wir auch in Zukunft Schule begreifen und verstehen. Aber wenn ich die Alternative Compartments oder Schnellbau habe, dann ist es doch leider der Schnellbau. Das ist auch eine Frage der Größe: Die Schnellbauschule ist ein bisschen kleiner als die Compartmentsschule, und wenn das Grundstück schon vor vier, fünf Jahren zur Verfügung gestellt wurde, dann passt die Compartmentsschule dort nicht mehr herauf.

Ich wurde gefragt, wie viele Maßnahmen wir insgesamt haben: Wir sind in Lichtenberg aktuell in 40 Maßnahmen unterwegs. Das kann die Renovierung eines Fachraums sein – bis hin zur Dachsanierung oder auch Schulhöfen, die gemacht werden. Was das Finanzvolumen angeht, bekommen wir, muss ich sagen, wenn ich es auf die nächsten Jahre rechne, von den 5,5 Milliarden Euro eine ganz schöne Menge ab. Wir sind mit den Schulbauprojekten – mit

14 neuen Schulen, die wir bauen – locker bei 800 Millionen Euro, die in die Hand genommen werden, und bauen gerade aus eigener Kraft, mit eigenen Bezirksgeldern, für 44 Millionen Euro eine ISS in Hohenschönhausen, schon fast am Brandenburger Rand, die wir dort auch ganz dringend brauchen. – Das waren die Punkte, die ich mir sortiert habe.

Noch einmal zu den Sanierungen: Die Drehscheiben sind für uns deshalb so wichtig, weil wir – ich kann fast hingucken – die Schule am Rathaus seit zehn Jahren im laufenden Betrieb sanieren, und wir haben, das ist auch ein Punkt der Partizipation, mit den Schulen besprochen, dass wir genau das nicht mehr wollen: Wir wollen keine Sanierungen im laufenden Betrieb, sondern der Wunsch, dass eine Schule auszieht und wir dann in einer gewissen Schnelligkeit und auch mit ordentlichem Tempo die Schule durchsanieren können, ist einfach das Erfolgsrezept. Deshalb brauchen wir hier eine Klarheit, was wir aus eigenen Mitteln tun können, und wo wir dann tatsächlich auf die Hilfe durch den Senat angewiesen sind, die Gelder zu bekommen.

Meine große Bitte ist gar nicht, Bashing oder sonst irgendetwas – in beiderlei Richtung – zu betreiben, sondern die Eltern brauchen die Verbindlichkeit, dass es in dieser Stabilität, in diesem Tempo, das wir durch die ersten Schnellbauschulen hatten – die standen ja wirklich in neun Monaten auf einmal da –, tatsächlich weitergeht. Da haben viele uns gefragt: Geht es jetzt so weiter? Bauen wir jetzt nur noch in neun Monaten Schulen? – Und dann heißt es: Nein, nein, nein, das sind schon noch drei, vier, fünf Jahre.

Wir müssen gemeinsam für eine Akzeptanz kämpfen, dass es nicht nur für jedes Kind einen Schulplatz, sondern auch einen qualitativ hohen Schulplatz gibt, dass die Schulen, die drei- oder vierzünftig angetreten sind und schon sechs- oder siebenzünftig sind, eine Perspektive bekommen, dass das nur eine Übergangszeit ist, die jetzt ansteht, und dass das tatsächlich abgebaut wird.

Da bin ich der Fachaufsicht, unserer Kollegin in Lichtenberg, und allen Kolleginnen und Kollegen von Herrn Richter wirklich dankbar, was da, wo die Schulen wirklich überlaufen, aktuell geleistet wird. Das ist in den Besuchen, die ich mache, einfach fantastisch, wenn man sieht, wie engagiert die Kolleginnen und Kollegen dort vor Ort sind und wie auch vor allen Dingen Herr Richter und andere selbstverständlich die Kapazitäten, die sie in ihren neuen Schulen noch haben, sofort zur Verfügung stellen, sodass wir Shuttle- und Filiallösungen machen können. Das heißt, bei uns steht eine neue Schule nicht leer, sondern es kommen dann andere Schulen, weil wir die Kapazitäten dort haben. – Chapeau, Herr Richter, und an viele andere Kolleginnen und Kollegen, die mit uns da selbstverständlich in der Gemeinschaft der Bezirke – ich glaube, das kann ich für alle zwölf so sagen – wissen: Wir kriegen das nur gemeinsam hin. Eltern unterscheiden nicht, wer welchen Arbeitgeber hat, sondern die wollen einfach, dass es funktioniert. Das ist meine große Bitte: dass es weiter funktioniert.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Vielen Dank! – Dann gibt es noch Fragen an den Senat. – Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Genau, gerne! – Vielleicht noch einmal an Herrn Richter: Erst einmal vielen Dank für die Hinweise und die Erfahrungen, die Sie in Ihrem Neubau gemacht haben! Das ist für uns ganz wichtig, und so sind unsere Weiterentwicklungen letztendlich angelegt, dass wir Erfahrungen sammeln. – Herr Dr. Bossmann ist jetzt

nicht mehr hier; Herr Illiges sitzt neben mir. Herr Dr. Bossmann würde sich sehr freuen und nimmt sicherlich auch Kontakt zu Ihnen auf, um die Punkte noch einmal aufzugreifen. Die Sichtweisen sind immer sehr unterschiedlich, was der eine oder der andere Schulleiter sich wünscht. Zum Beispiel den Punkt mit den Teilungsräume kann ich sofort nachvollziehen: Warum ist denn zwischen Klassenraum und Teilungsraum keine Tür? – Bei den MEBs haben wir das übrigens, dass man da Durchgänge hat. Also: Spannende Themen, die Sie angesprochen haben.

Wir haben ganz bewusst einen Landesschulbeirat, wo wir genau das begleiten, sodass wir immer wieder neu lernen, was wir besser machen können. Auch unsere Ergänzungsbauten haben wir weiterentwickelt. Wenn ich mir anschau, wie der erste Ergänzungsbau aussah, den ich eingeweiht habe, ist das gar kein Vergleich zu denen, die wir jetzt haben, bis hin, dass wir für unsere Förderzentren spezialisierte Ergänzungsbauten entwickelt haben. Also hier gerne Hinweise! Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass der Vorsitzende des Landesschulbeirats noch einmal die Schulleiter, die jetzt die neuen Schulen in diesen Bauten leiten, einlädt, und hier ein Feedback eingeholt wird.

Noch einmal zu Herrn Schaefer: Es freut mich sehr, dass anerkannt wird, wie Bezirke und Land anders zusammenarbeiten. Ich kann nur sagen: Ich weiß vonseiten der Senatsverwaltung, dass wir immer in sehr engem Kontakt, auch mit Lichtenberg, gewesen sind und hier alles Mögliche eröffnet oder auch Flexibilität gezeigt haben. Auch Herr Nünthel, Ihr Vorgänger, ist bei uns auch gerade tätig, und ich glaube, dass da ganz viele Kontakte sind.

Das Land hat sich gerade entschieden, die Bezirke als Schulträger zu unterstützen, weil wir alle gemeinsam festgestellt haben: Wir müssen im Bereich der Sanierung und auch der Schaffung von Schulplätzen schneller sein. Auch in Bezug auf die Kommunikation müssen wir an einem Strang ziehen. Wir haben nicht ohne Grund für bestimmte Themenbereiche Regionalverbände gegründet, um hier aufgrund von Erfahrungen schneller und besser voranzukommen. Dass wir eine Geschäftsstelle für die Kommunikation haben, zeigt, dass es nicht allein die Aufgabe des Landes Berlin, sondern auch der Bezirke ist, mit den Eltern zu kommunizieren. Das sehe ich auch so.

Herr Lemm hat es gerade angesprochen: Er hat eigens eine Stelle – und will eine zweite einrichten – zum Thema Partizipation. Das ist ja Kommunikation: mit den Gremien, mit dem Elternausschuss in dem Bezirk, mit den Schülerausschüssen zu kommunizieren. Man kann immer nur darauf hinweisen, was in den Planungen der Bezirke, in den Planungen des Landes ist, und wenn es Probleme gibt, muss man das einfach auch kommunizieren. Bei den Beispielen, die Herr Lemm angesprochen hat, ist es nachvollziehbar, warum dann etwas an der einen oder anderen Stelle vielleicht länger dauert. Da müssen wir einfach transparent sein. Und ich glaube schon, dass wir uns gemeinsam gut aufgestellt haben, was diese Dinge angeht. – Das erst einmal dazu.

Dann gab es noch ein paar Fragen von Herrn Stettner. Ich hatte dazu eigentlich auch schon etwas gesagt: Wie viele Schulplätze haben wir denn überhaupt geschaffen? – Das hatte ich in meinem Eingangsstatement angesprochen: rund 20 000 Schulplätze. Ich glaube, wir sind jetzt bei 65 Ergänzungsbauten, die wir auf den Weg gebracht haben. Es sind weitere 49 Ergänzungsbauten bis 2022/23 geplant. Über diese zusätzlichen Ergänzungsbauten sollen noch einmal 14 800 Schulplätze geschaffen werden. Drei Neubauten – wir haben ja hier ein Bei-

spiel – sind als Holzschulen auf den Weg gebracht worden. Wir haben ein riesiges Oberstufenzentrum, das OSZ Lise Meitner, eröffnet, wo auch noch einmal Hunderte Schulplätze geschaffen worden sind. Elf weitere Grundschulen sind bis 2023/24 geplant, weitere fünf Holzbauschulen bis 2022 usw. usf. Darüber wollen wir 10 000 weitere Schulplätze schaffen.

Die HOWOGE hat gerade selbst dargestellt, wo schon Vorbereitungen getroffen worden sind, Partizipationsverfahren eingeleitet wurden. Allein über die HOWOGE laufen 18 Neubauschulen, die realisiert werden sollen, 13 Großsanierungsmaßnahmen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat auch etliche Großsanierungsmaßnahmen, für die sie zuständig ist. Da ist also viel geplant.

Wir befinden uns in der Abstimmung der Finanz- und Investitionsplanung. Es war auch eine Veränderung in den letzten Jahren, dass die Bezirke viel mehr anmelden konnten. In den Jahren zuvor war da ein bestimmter Cut, dann war Ende mit Anmeldungen. Dann musste man zwei Jahre warten. Hier ist viel mehr Volumen in die Investitionsplanung aufgenommen worden.

Es passiert viel, aber wir haben auch viel zu tun. Wir haben große Bedarfe im Bereich der Schulplätze und der Sanierung – keine Frage. Aber ich finde es gut, dass es uns gelungen ist, einen Paradigmenwechsel in Richtung Beteiligung hinzubekommen. Das dauert an der einen oder anderen Stelle ein bisschen länger und ist intensiver. Ich finde es wichtig, weil das für das Land Berlin eine Riesenchance ist, endlich wieder bauen zu dürfen und zu können und aus den Erfahrungen der letzten Jahre, aus unseren pädagogischen Konzepten auch lernen zu können, was wir im Ganztage, was wir in der Inklusion benötigen. Die Schulen sehen jetzt schon komplett anders aus im Vergleich zu den Schulen, die wir vor Jahren gebaut haben. Wir lernen aus den Bauten und entwickeln weiter. – Das ist natürlich auch alles eine Geldfrage. Aber ich glaube, dass es ein Statement ist, dass das Land Berlin 5,5 Milliarden Euro hier in die Hand genommen hat.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Frau Remlinger! Sie hatten noch eine Frage? – Bitte!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich versuche es, wieder knapp und präzise zu machen. Ich wollte zwei Klarstellungen vornehmen und noch eine Frage stellen. Klarstellen wollte ich, lieber Herr Wadle, dass ich mir sicher war, dass Sie ein Kostencontrolling oder ein Zeit-Maßnahmen-Controlling haben; die Frage ging eigentlich an das Land und die Bezirke bzw. die Taskforce und die Bezirke.

Ich wollte die Gelegenheit nutzen zu sagen, dass ich weiß, dass auch ehemalige Kritikerinnen und Kritiker der Einbeziehung der HOWOGE mittlerweile reumütig bekehrt sind und sagen: Das machen Sie gut.

Was ich nicht verstanden habe – wer auch immer mir das beantworten kann – ist der Gegensatz zwischen Schnellbau und Compartment. Denn modulares Bauen kann es nicht sein, das machen wir in beiden Typenentwürfen. Das haben wir extra gemacht, um das Compartment schnell bauen zu können. Was soll beim Compartment langsamer sein als bei dem, was Sie jetzt Schnellbauten oder Holzbauten nennen, die letztlich eine Rückkehr zur Flurschule bedeuten?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wer will auf die Frage antworten – Herr Lemm oder Herr Wadle?

Gordon Lemm (BA Marzahn-Hellersdorf): Ich kann mal anfangen, und Herr Wadle kann gucken, wie ich mich schlage. – Ich glaube, die Antwort auf Ihre Frage, warum es schneller geht, ist, dass hier ein fertiges Bedarfsprogramm einfach übernommen wurde. Ich habe ein Angebot und nehme das. Bei allen anderen Bauten wird noch ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, es sind noch mal die Bedarfsprogramme, die vorher festgelegt werden, was Zügigkeit, Größe und Ähnliches angeht. Hier kriege ich quasi ein Modul, das fertig ist. Wenn ich das nehme, ist es super, dann geht es schnell, wenn nicht, dauert die Individuallösung länger. Deswegen: hier die Schnellen auf der einen Seite, dort die etwas länger Bedürftigen auf der anderen Seite.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Möchten Sie ergänzen, Herr Wadle? – Sie müssen nicht.

Jens Wadle (HOWOGE): Es ist alles gesagt.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wenn Herr Lemm alles gesagt hat, dann können wir das auch so stehenlassen. – Wunderbar! Daumen hoch! – Dann danke ich Ihnen allen, auch denen, die zugeschaltet sind – Herrn Richter und Herrn Schaefer! Sie haben natürlich die Möglichkeit, unserer Sitzung weiterhin beizuwohnen, aber auch, wenn Sie Feierabend haben, Ihre wohlverdiente Heimfahrt anzutreten.

Wir werden diesen Tagesordnungspunkt zunächst einmal vertagen, bis uns das Wortprotokoll zu einer gemeinsamen Auswertung vorliegt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Musik- und
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Demokratie in der Schule – Klassenrat und
Schüler*innenhaushalt**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0229](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.11.2019

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Qualitätsstandards des Ganztages in Grundschulen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0220](#)
BildJugFam

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Weiterentwicklung des Ganztags an der Berliner
Schule: Aktueller Stand und mögliche Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0276](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.03.2020

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.